

# hochschule ost

politisch-  
akademisches  
journal aus  
ostdeutschland

Leipzig Oktober/November 1993

## 10-11/93

**3. Jahrgang**

ISSN 0944-7989

**Themen:**

**Erneuerungsgruppen  
bilanzieren**

**Hochschule als Institution  
und Landeshochschulrecht  
Teil 3**

**u.a.**

**Mit Beiträgen von:**

**Dietrich Jorke  
M. H. Olbertz/ J. Riße  
Hans-Dieter Klein  
Matthias Jähne  
Thomas de Maizière  
Manfred Wendt  
Hans-Jürgen Schulz  
Bernd Rabehl  
Helmut Meier  
Karin Rührdanz  
Joachim Tesch  
u.a.**



# INHALT

<b>EDITORIAL</b>	7
<b>THEMA I: Erneuerungsgruppen bilanzieren</b>	
<i>Dietrich Jorke:</i> Die Tätigkeit der "Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1989 - 1992	11
<i>Manfred H. Oibertz / Joachim Riße:</i> LIBERTAS DOCENDI ET DISCENDI - Hoffnungen und Illusionen einer Universitätsreform	16
<b>THEMA II: Hochschule als Institution und Landeshochschulrecht Teil 3</b>	
<i>Hans-Dieter Klein:</i> Zaghafte konservative Modernisierung - Das Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt	30
<i>Matthias Jähne:</i> Berliner Wissenschaftssenator probt den Aufstand	39
<i>Thomas de Maizière:</i> Der Entwurf des Hochschulgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern	45
<i>Manfred Wendt:</i> Für eine Hochschule ohne Dirigat	48
<b>Berichtigung / Ergänzung</b>	
Zu: Zur Entwicklung und zur Situation einiger wichtiger ostdeutscher Archive von <i>Ulrich Geyer, hso 7/93</i>	50
<b>FORUM</b>	
<i>Hans-Jürgen Schulz:</i> Hochschulernerneuerungskonzepte und -ideen seit dem Herbst 1989 in der DDR	52
<b>PROJEKTE</b>	
<i>Bernd Rabehl:</i> Verlust an Autonomie und an wissenschaftlicher Qualität - die Entwicklung der Humboldt-Universität in der DDR	70
<i>Helmut Meier:</i> Ein Beitrag zur Erforschung DDR-Geschichte - Der Berliner "Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte"	75
<b>BERICHTE</b>	
Situationsbericht Martin-Luther-Universität Halle/Saale ( <i>Karin Rührdanz</i> )	81
Nach der Kündigung - ein zwiefaches Ende ( <i>Joachim Tesch</i> )	87
Bericht zum workshop: Arbeits- und Lebenssituation von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen im Transformationsprozeß an Hochschulen ( <i>Chr. Felber/ K. Monté/l. Peini</i> )	91
Universität Potsdam: Hoher Professorinnenanteil wird angestrebt ( <i>Rolf Rammelt</i> )	101
GRAWierende Merkwürdigkeiten: Potsdamer Ungereimtheiten ( <i>Stef</i> )	103

Wissenschaftlicher Strukturbeirat für die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam ( <i>Schilde</i> )	106
Enttäuschte Hoffnungen oder hoffnungsvoller Anfang? Brandenburgische Unirektoren zogen eine Zwischenbilanz	107
Erstes Max-Planck-Institut in Thüringen ( <i>Michael Globig</i> )	109
Gründung der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften der TU "Otto von Guericke" Magdeburg	111
Humboldt-Universität: Keine Katholische Fakultät geplant	112
Greifswald: Rektor und Dekane gegen weiteren Stellenabbau	113
Planungsbasis für 25 ostdeutsche Hochschulen ( <i>BMBW</i> )	113
Stipendientreffen ostdeutscher Postdoktoranden in Arizona ( <i>BMBW</i> )	114
Tutorenprogramm der R. Bosch Stiftung und des DSW mit den amerikani- schen Universitäten Yale und Harvard angelaufen ( <i>DSW</i> )	115
Sekten an Hochschulen?!	116
Die Bundesbürger lesen weniger Bücher: Studie zum Leseverhalten vorge- stellt ( <i>BMBW</i> )	118
<b>STIPENDIEN</b>	
DAAD: Auslandsstipendien für Nachwuchswissenschaftler aus den neuen Ländern	120
Alexander von Humboldt-Stiftung: Chancen für junge Wissenschaftler	120
<b>BERICHTE</b>	
Hochschulernerneuerung Ost ( <i>WZB-Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik</i> )	122
Forschungspotential Ost ( <i>WZB-Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik</i> )	129
Ergebnisse der Wirkungsanalyse der "FuE-Personal-Zuwachsförderung" und "Förderung der Auftragsforschung und -entwicklung" in den neuen Bundes- ländern ( <i>Prognos-AG</i> )	134
<b>DOKUMENTATION</b>	
Wissenschaftler-Integrationsprogramm und Investitionssonderprogramm für die neuen Länder sind auf gutem Wege ( <i>BLK</i> )	143
<b>GELESEN</b>	
M. Franzke (Hrsg.): Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität ( <i>Elke Uhl</i> )	145
H. Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost ( <i>Sonja Brentjes</i> )	148
<b>PUBLIKATIONEN</b>	150
<b>ZUM SCHLUSS</b>	
Brief des Informationsbeauftragten der TU Karl-Marx-Stadt vom 4. August 1989	155

Der deutsche Karneval begann in diesem Jahr mit einem "Bildungs- und forschungspolitischen Grundsatzgespräch" beim Bundeskanzler. Für den 11.11. waren knapp 60 Vertreter von Verbänden und Institutionen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik geladen worden. Helmut Kohl hatte mit einem Zeitungsartikel im März 1992 ("Bildungspolitik für den Standort Deutschland", *F.A.Z.*, 30.3.92, 8) die Bildungspolitik zur Chefsache gemacht. Seitdem wurde so viel über einen anstehenden *Bildungsgipfel* geredet, daß die Bezugnahme darauf mittlerweile ritualisiert war. Diesbezügliche Erwartungen hegte unterdessen kaum noch jemand. Zu deutlich war die schnell erfolgte Ankündigung, auf dem Bildungsgipfel könne über alles mögliche gesprochen werden, nur nicht über Geld. Zu deutlich fielen dann auch die Haushaltsentscheidungen zum Hochschulbau aus. Was am 11.11. diesen Jahres stattfand, war zudem noch nicht die erwartete Veranstaltung. Sondern ein unverbindlicher Gedankenaustausch, dem eine Beratung mit den Ministerpräsidenten der Länder folgen soll. Ganz wie Fasching war es übrigens auch nicht: Abweichend vom traditionellen Politikerverhalten, eine Karnevalsveranstaltung wunschondennschon bis zum lustigen Ende zu frequentieren, hatte der Kanzler nur vor Tisch für seine Gäste Zeit. Danach blieben diese unter sich. Von Vorteil dabei war, daß sich die meisten schon kannten: Von Veranstaltungen, die durchgeführt worden waren, um das Gespräch mit dem Kanzler vorzubereiten. Vielleicht aber wollte H. Kohl auch nur geschickt vermitteln, daß bei *dem* Thema *seine* Anwesenheit die zuerst verzichtbare ist.

"Wenn der Bund 50 Kilometer Autobahn im Jahr weniger bauen würde, wären die Finanzierungsprobleme der Wissenschaft gelöst", weiß inzwischen auch die derzeitige KMK-Präsidentin Steffi Schnoor (Mecklenburg-Vorpommern) in ihre Argumentation einzubauen. Ehe es dahin kam, hatten freilich alle debattenbestimmenden Akteure die vom Kanzler aufgegebenen Hausaufgaben erledigt:

Anwendungsorientiertheit der Forschung, Bildung als Standortfaktor, selektierter Hochschulzugang, bedarfsgerechte Kanalisierung der Jugendlichen in verschiedene Bildungswege, normierte Studiengänge, berufsqualifizierender Charakter des Studiums u. dgl.: Das sind die Stichworte, welche die seit 1990 forcierte Debatte charakterisieren. Und zwar, was das Entscheidende ist: Diese Stichworte dominieren die Debatte nahezu ausschließlich. Finden wir hier nicht Ähnlichkeiten mit vermeintlich Abgeschlossenem? Lassen sich etwa Parallelen zwischen dem DDR- und dem derart zu optimierenden bundesdeutschen Hochschulwesen finden?

Wo dieses die notwendigen *Kader* für das eine System heranzuzüchten hatte, da hat jenes die Bereitstellung der *Funktionseelite* für das andere System zu leisten. Wo dieses Beiträge zur Meisterung der Wissenschaftlich-technischen Revolution im Dienste der *sozialistischen Revolution* erbringen sollte, da ist jenem die forschungsseitige Bewältigung des technologischen Wandels zur Sicherung des *Standortes Deutschland* aufgetragen. Wo dieses Innovationen vor allem in der Bombastik der Rechenschaftslegung kannte, da sorgen in jenem Finanzverteilungskämpfe und verbeamtet-professorale Strukturen für die Verkrustung der Institutionen. Wo in diesem Mitbestimmung der Hochschulangehörigen über staatlich-einheitsparteilich gelenkte Organisationen wie FDGB und FDJ (nicht) realisiert wurde, da läßt in jenem eine verfassungsgerichtlich abgesicherte Professorendominanz Mitbestimmung zu einem ornamentalen Ereignis werden.

Funktionale Ähnlichkeiten sind nicht völlig von der Hand zu weisen. Beim Umbau der ostdeutschen Hochschullandschaft nun hat te das politische System ein Dilemma bewältigen müssen:

*Einerseits* galt: Erstens sollen ostdeutsche Hochschulen kürzestfristig nicht mehr Kosten verursachen als westdeutsche. Zweitens sind westdeutsche Partikularinteressen zu berücksichtigen: Die unangemeldeten Ost-Mitbewerber um die Inhalte der Forschungsgeldtöpfe fanden sich unerwünscht. Denn: "Konkurrenz belebt zwar das Geschäft, kann es aber auch verderben." (WiRa-Vorsitzender Simon, *F.A.Z.*, 19.3.91, 33)

*Andererseits* lief (und läuft) parallel gesamtdeutsch eine hochschulpolitische Diskussion, die *faktisch* auf eines hinausgeht: auf eine gesamtdeutsche Rekonstruktion des DDR-Hochschulwesens. Ausgeschlossen werden sollen dabei lediglich die ideologische Überformung mit ihren methodischen und inhaltlichen Auswirkungen sowie die DDR-typische Personalstruktur.

Um das *Einerseits* zu sichern, mußten ostdeutsche Wissenschaft und Hochschulen bis zur Sturmreife delegitimiert werden. Deshalb die anfängliche Rede von der "Forschungswüste" (MPG-Präsident Zacher, *Die Welt*, 3.10.90, 31). Dann konnte zunächst eine Struktur etabliert werden, die in den wesentlichen Punkten eine Ableitung westdeutscher Gegebenheiten ist. Was im Westen seit geraumer Zeit als "verrottet" (Simon, *Der Spiegel*, 50/91, 52) gilt, war für den Osten erst einmal der Gipfel der *Erneuerung*.

Um das *Andererseits* nicht aus den Augen zu verlieren, erwies sich zweierlei als nötig. Erstens mußte eine massive Verunsicherung des vorhandenen Hochschulpersonals inszeniert werden. Damit konnte die Gefahr von Solidarierungen ausgeschlossen werden. Zudem wurde eine Anpassung an den herrschenden hochschulpolitischen, konservativ geprägten *Mainstream* erzwungen. (Daß diese Anpassung erleichtert wurde durch den wollüstig gelebten Opportunismus eines Großteils des vorhandenen Personals, sei

freilich am Rande nicht vergessen.) Zweitens war es notwendig, einen kompletten Elitenwechsel im ostdeutschen Hochschulwesen zu vermeiden. Also wurde die erste Reihe der wissenschaftlichen Funktionseelite ausgewechselt und die zweite Reihe rückte nach. Um das abzusichern, mußte die Personalüberprüfung selektiv erfolgen: Vaterländischer-Verdienstorden-Träger Freye - um ein Beispiel zu nennen - darf als Staatssekretär im Magdeburger Wissenschaftsministerium den Grad der *Systemnähe* definieren, welcher einen Verbleib im öffentlichen Dienst *unzumutbar* sein läßt. Das atemlose Sortieren des Personals nach *belastet* und *unbelastet* verschafft den hektisch damit Befäßen offensichtlich gezielt gesetzte Blackouts. Bei der Exzessivität des Schlachtfestes kann eines freilich nicht ausbleiben: Mitunter erwischt es auch die Richtigen.

Die Verunsicherung des Personals und der selektive Charakter der Personalüberprüfungen sicherten vomehmlich eines: Die konservativ-pragmatischen Grundeinstellungen (die wesentlich die längere Existenz der DDR, so wie sie war, ermöglicht hatten) und die staatsfixierte Sichtweise gingen auch in den neuen Strukturen nicht verloren. Mit (unter anderem) dieser Belegschaft kann nun daran gegangen werden, das eigentliche Hochschulproblem im Sinne der politischen Meinungsführer zu lösen.

Der ostdeutsche Hochschulumbau hat bislang eine wesentliche Folge gehabt: Die Krise des DDR-Hochschulwesens und die Hochschulkrise der ehemaligen BRD wurden erfolgreich zu einer gesamtdeutschen Hochschulkrise vereinheitlicht. Diese soll nun unter dem *Standort-Deutschland-Regulativ* durch die Zurichtung auf die neuen Verwertungsbedingungen bewältigt werden:

Standort-Politik ist auf den Weltmarkt bezogen. Die Märkte im OECD-Maßstab sind mit den klassischen Serienprodukten gesättigt. Weiterer Gewinn kann folglich nur noch über Konkurrentenverdrängung realisiert werden. Diese Verdrängung wiederum gelingt ausschließlich mittels Qualitätsverbesserung und bedarfsgerechter Differenzierung der Produkte. Das ist nur über permanente Innovationsfähigkeit zu erreichen. Innovationsfähigkeit schließlich ist unmittelbares Resultat ständig zu erneuernder Qualifikation. Daraus folgt eine Definition von Bildung primär als Funktion der Verwertungsbedingungen der deutschen Industrie auf den internationalen Märkten. (Vgl. BdWi, Dossier in *Forum Wissenschaft*, 1/93, I - IX)

Das umzusetzen, braucht es eine entsprechende Ausrichtung unter anderem der Hochschulen. Die kann abgesichert werden zum einen durch demgemäßes Personal an eben diesen Hochschulen. Das haben wir in Ostdeutschland inzwischen - insgesamt betrachtet - als Ergebnis der Personalumstrukturierung. Es kann gesichert werden zum anderen durch bedeutende Eingriffskompetenzen der politischen Administrationen in die Hochschulen: um - ja immerhin möglichen - Verselbständigungstendenzen der Hochschulen

gegensteuern zu können. Der sächsische Gesetzgeber hat mit seinem neuen Hochschulgesetz diesbezüglich die gesamtdeutsch gedachte Initiative ergriffen.

Was dabei verloren geht, ist die - zumindest denkbare - innovative Offenheit der Hochschulen für gesellschaftliche Problemstellungen, die über *Standort-Deutschland*-Fixierungen hinausgeht. Derart werden Hochschulen nicht einmal der Möglichkeit nach Impulsgeber für gesellschaftliche Reformen sein können. Ob damit wohl eine wesentliche Absicht getroffen ist?

\* \* \*

Mit dem vorliegenden Heft geht *hochschule ost* in den dritten Jahrgang. *hochschule ost* erscheint künftig zweimonatlich, dafür mit erheblich erweitertem Umfang. Der neue Erscheinungsrhythmus gestattet der (ehrenamtlich arbeitenden) Redaktion gelegentliches Luftholen, da nicht mehr *jeden* Monat dem jeweils ursprünglich anvisierten Erscheinungstermin hinterhergehechelt werden muß. Themenmangel in bezug auf den vorrangigen Gegenstand der Zeitschrift - die ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftstransformation - gibt es nach wie vor noch keinen. Die in der - um zwei neu eingetretene Mitglieder erweiterten - Redaktion versammelten unterschiedlichen Auffassungen dürften auch in Zukunft eines sicherstellen: Daß kein Leser und keine Leserin mit einem Heft mal rundum zufrieden wäre. Die finanzielle Situation des Journals ist so, daß akute Gefährdungen nicht bestehen. Für den schuldenfreien Abschluß des 2. Jahrgangs haben wir neben zahlreichen privaten Spendern und Spenderinnen, die ihre Abonnementgebühr bei der Überweisung ein wenig aufgestockt hatten, insbesondere der Robert Bosch Stiftung Stuttgart zu danken. Sie hatte mit einer größeren Zuwendung zur Entspannung der finanziellen Zwänge, in denen sich eine Zeitschrift in ihrem zweiten Jahrgang naturgemäß noch befindet, beigetragen. Um die finanzielle Gesundheit von *hochschule ost* auch künftig zu erhalten und aufgrund diverser Kostensteigerungen in den letzten beiden Jahren, müssen mit dem neu beginnenden Jahrgang die Abonnementgebühren neu gestaltet werden. Wir haben uns dabei wiederum bemüht, die finanzielle Situation in ostdeutschen Privathaushalten zu berücksichtigen.

p.p.

## THEMA I: Erneuerungsgruppen bilanzieren

Dietrich Jorke (Jena):

### Die Tätigkeit der "Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1989-1992

Nach zwei Monaten intensiven Wirkens wandte sich die "AKTIONSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG DER HOCHSCHULEN" (ADEH) mit einem ersten Tätigkeitsbericht und Aufruf zugleich an die Universitätsöffentlichkeit, der mit den Worten begann:

"Wir haben sie noch im Ohr, die Reden wie '... die antikommunistischen Wellen branden gegen unser Land...' (Rektor Prof. Schmigalla, SED) oder '...unsere Gesellschaftstrategie ist die Herrschaft der sozialistischen Ideologie, der Partei...' (Prorektor Prof. Friedrich, SED) anläßlich der Hochschullehrerkonferenz in der Aula der FSU Jena am 13.9.89. Und wie behende wurde sich gewendet - und nun diskutieren bis dahin linientreue Marxisten über 'ein Geschichtsbild ohne Tabu' und sprechen von existenzbedrohender Reglementierung durch die Partei. Schnell wurde die Sektion Marxismus-Leninismus in eine Sektion Soziologie und Politikwissenschaften gewandelt. Aber wenn man Anfang Dezember genau hinsah: Überall die gleichen Personen, überall die alten Machtverhältnisse. In dieser Situation bildete sich am 7.12.89 auf Initiative ihres späteren Spre-

chers die AKTIONSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG DER HOCHSCHULEN, analysierte die Situation und gab sich ein Arbeitsprogramm."

Es gab, wie überall in unserem Land, so auch an der Universität unterschiedliche oppositionelle Reformgruppen, die sich z.T. unter dem Dach der Kirche fanden, wie z.B. eine Gruppe, die den Wahlbetrug im Mai 89 aufdeckte, die in neuen politischen Gruppierungen (Neues Forum, DA, SPD, u.a.) arbeiteten, aber auch das studentische "Reformhaus". Sie trafen sich bei der Vorbereitung und Durchführung größerer Protestaktionen und Demonstrationen.

So faßten zunächst 7 Universitätsangehörige aus einer oppositionellen Hochschulgruppe der CDU Jena und aus dem Demokratischen Aufbruch (DA) den Entschluß, die vielfältigen Aktivitäten zu bündeln und gemeinsam für die demokratische Erneuerung der Hochschulen, besonders der Universität Jena, tätig zu werden. Schon nach wenigen Tagen erweiterte sich die neugegründete Aktionsgemeinschaft auf etwa 30, nach einigen Wochen auf rund 80 Mitglieder. Studen-

ten aus dem Reformhaus und dem Studentenrat waren ebenso vertreten wie Mitglieder des wissenschaftlichen Mittelbaus (z.T. aktiv in Assistentenräten) und Hochschullehrer aus nahezu allen Wissenschaftsbereichen, letztere zahlenmäßig am stärksten. Nach einer gegenseitigen Information über die bisherigen Einzel-Aktivitäten beschlossen die ADEH-Mitglieder, gemeinsam die demokratische Erneuerung der Friedrich-Schiller-Universität Schritt für Schritt durchzusetzen. Aus dieser Zusammenarbeit, koordiniert durch einen gewählten Sprecher, entwickelte sich ein Selbstverständnis der Gruppe, daß wesentlich später so formuliert wurde:

“Die Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule (ADEH) ist ein freiwilliger Zusammenschluß demokratisch gesinnter Hochschulangehöriger der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jeder Hochschulangehörige hat freien Zugang. Die ADEH besitzt kein Statut. Als Arbeitsordnung haben sich folgende Grundsätze bewährt: Alle Teilnehmer an den Beratungen verpflichten sich, in ihrem eigenen Arbeitsbereich für die Ziele der demokratischen Erneuerung zu arbeiten und für die Realisierung der gemeinsam beschlossenen Aktivitäten zu wirken. Es bestehen völlige Rede- und Meinungsfreiheit, und niemand ist gezwungen, sich Mehrheitsbeschlüssen anzuschließen. Es wird angestrebt, in den jeweiligen Bereichen (Fakultäten, Instituten, Kliniken) Basisgruppen zu bilden, die im Sinne der ADEH wirken. Die ADEH kann über ihre gewählten Senatsmitglieder eigene Initiativen in den Senat einbringen und dort zur Diskussion stellen. Die Autorität der demokratisch gewählten Kollegialorgane

und Leitungen bleibt dabei unangetastet (keine außerparlamentarische Opposition). Nach jeder Beratung verfaßt der Sprecher ein Protokoll, das jedem Teilnehmer (Verteiler) zugestellt wird. Die Öffentlichkeitsarbeit wird in den Beratungen abgestimmt.”

Wir stellten zu Beginn fest, daß die geistigen, politischen und verfassungsmäßigen Grundlagen des formal noch gültigen Hochschulrechtes der DDR nicht mehr existieren. Unsere 1. Forderung an den Minister für Bildung und an den Präsidenten der Volkskammer lautete deshalb: Erarbeitung, Diskussion und Verabschiedung eines neuen Hochschulgesetzes. In einer Antwort des Ausschusses für Volksbildung der Volkskammer der DDR vom 1.8.1990 wurde zugesichert, unsere Aktivität in die Diskussion um die Erneuerung unseres Bildungswesens im Hochschulbereich aufzunehmen.

Bei unsere Analyse mußten wir weiter feststellen, daß die meisten wissenschaftlichen Räte (Fakultäten) und auch der Rektor noch nicht einmal nach den Bestimmungen des alten Hochschulrechtes korrekt, schon gar nicht demokratisch gewählt worden waren. Fazit: Die gesamte Universitätsleitung erwies sich trotz einer andersartigen Behauptung des Rektors (6.12.89) als nicht legitimiert. So lautete die 2. Forderung unsere Aktionsgemeinschaft an die Universitätsleitung, d.h. Rektor und Senat: Rücktritt der wissenschaftlichen Räte, des Senates, des Rektors und demokratische Neuwahl.

Eine dritte Richtung unserer in freier Diskussion entstandenen Aktionen galt der “Kaderpolitik”. 40 Jahre parteigelenkter Kaderpolitik unter dem o.g. Hochschulrecht hatten unabsehbare Folgen für den

Geist der Hochschulen der DDR und die ihn tragenden personellen Strukturen. Wieviel fähige Studienbewerber wurden aus politischen Gründen abgewiesen, wieviel innovativ denkende, aber unbequeme Assistenten in ihrer Entwicklung behindert und wieviele hochbegabte Wissenschaftler von der akademischen Entwicklung ausgeschlossen, weil sie nicht bereit waren, den Parteiweg zu gehen? Und auf der anderen Seite: In wieviel Fällen führten Parteikarrieren zur Besetzung von Lehrstühlen mit inkompetenten Personen? Aber nun gab es eine Pflicht zur Wiedergutmachung all denen gegenüber, die in ihrer Entwicklung gebremst oder gar vollständig bis zur Resignation gehindert wurden, und eine zweite Pflicht zur Neukonzeption einer Personal- und Berufungspolitik, in der die Kompetenz und die Integrität die wesentlichsten Faktoren sind. So lautete unsere 3. Forderung: Sofortige Stomierung aller hochschulpolitischen, kaderpolitischen und sonstigen weitreichenden Entscheidungen bis zur Neuwahl der Räte und der Konstituierung legitimer Leitungen der Fakultäten, des Senates und der Universität. Gerade diese Forderung fand die nachhaltige Unterstützung der Assistentenräte und des Studentenrates der Universität.

Alle drei obengenannten Forderungen wurden dem Rektor zur Beratung dem Senat übergeben und durch ausführliche persönliche Gespräche von Delegationen der AKTIONSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG DER HOCHSCHULE mit dem Rektor einschließlich einer Diskussion am Runden Tisch (Rosengespräch) erläutert und bekräftigt. Zwar gab es Einwände seitens der Universitätsleitung und des Se-

nates, schließlich willigten beide unter dem Einfluß der von der AKTIONSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG DER HOCHSCHULE in alle Sektionen und in den Bereich Medizin getragene Diskussion ein, die Wahlen der Wissenschaftlichen Räte (z.T. auch der Sektionsräte und des Rates des Bereiches Medizin) anzusetzen. In weniger als 4 Wochen entstand eine gut funktionierende Wahlorganisation, so daß bis zum 19.1.90 die Wahlen abgeschlossen werden konnten. Das Ergebnis kann man so zusammenfassen: Die Zusammensetzung der wissenschaftlichen Räte änderte sich grundlegend. Nur wenige Mitglieder der alten Fakultäten wurden wiedergewählt, mit einem stärkeren Anteil als bisher sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Studenten in der Fakultät vertreten. Keiner der alten Dekane wurde wiedergewählt. In den Sektionsräten und besonders im Rat des Bereiches Medizin gelang es, einen repräsentativen Anteil der mittleren medizinischen, technischen und Verwaltungsmitarbeiter in diese höchste Instanz der demokratischen Beratungs- und Entscheidungsgremien aufzunehmen.

Der Rektor, der in letzter Zeit versucht hatte, demokratische Leitungsformen und neue Konzeptionen zu entwickeln, stellte am 29.1.90 im Plenum des neuen Wissenschaftlichen Rates die Vertrauensfrage. Seine Reformpläne zielten letztlich auf die Beibehaltung der alten Machtstrukturen und die Besetzung der Schlüsselpositionen durch Parteikräfte. Der Sprecher der ADEH forderte deshalb im Namen der Aktionsgemeinschaft seinen Rücktritt, den er ablehnte. Er wurde nach harter Diskussion mit 75 gegen 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgewählt, da-

mit war der Weg frei für die Neuwahl des Rektors.

Mit einem weiteren Aufruf wandte sich die ADEH an alle Angehörigen der Universität. Darin heißt es: "Nach unserer Überzeugung kann ein wirklicher geistiger Wandel der Universität erst dann in Gang kommen, wenn

- die Vertreter der alten parteigelenkten Machtstrukturen ihre Position verlassen und demokratisch gewählte unbelastete Kräfte in allen Ebenen der Universität wirksam werden,

- die z.T. noch in Resignation und Inaktivität verharrenden Mitarbeiter Hoffnung schöpfen und zu eigener Aktivität und Verantwortungsbereitschaft finden,

- der Nachwuchs die sich jetzt bietende Chance der pluralen Meinungsbildung, des leistungsorientierten Studiums und der sich öffnenden Weite des geistigen Horizontes nutzt."

Inzwischen fand sich auch der Minister für Bildung der DDR, Professor Emons, bereit, die von uns beantragte Stornierung der noch aus der SED-Herrschaft stammenden Berufungsanträge für Hochschullehrer zu akzeptieren und damit die Möglichkeit zu geben, eine Korrektur der Personalpolitik sofort einzuleiten.

Im Januar 1990 forderte die ADEH die Auflösung der Betriebsparteigruppen, votierte gegen die geplante Umwandlung der Sektion Marxismus-Leninismus und für deren Auflösung. Sie konzentrierte ihre Aktivitäten dann auf die Vorbereitung der Rektorwahl und benannte nach geheimer Vorwahl einen Kandidaten (Prof. Klinger, Dekan der Med. Fakultät). Er erreichte im 1. Wahlgang des Wissenschaftlichen Rates zwar die höchste Stim-

menzahl, verfehlte aber die absolute Mehrheit. In der Stichwahl wurde zunächst der Jurist Prof. Riege (SED, später PDS) mit Stimmenmehrheit gewählt. Diese Wahl war jedoch durch eindeutige Fehler im Wahlverfahren (Fehlen einer bestätigten schriftlichen Wahlordnung, Nichtberücksichtigung der Briefwahlen im zweiten Wahlgang, Fehlen der Einlaß- und Anwesenheitskontrolle u.a.) zustande gekommen. Auf Initiative dreier ADEH-Mitglieder stellte die Medizinische Fakultät den Antrag auf Annullierung dieser Rektorenwahl. Nach harter Auseinandersetzung besonders mit den Alt-Juristen im Wissenschaftlichen Rat stimmte dieser für eine Annullierung. Auf Bitten zahlreicher ADEH-Mitglieder fanden sich danach Professor Schmutzer (Physik) und Professor Klinger (Medizin) bereit, für das Rektorenamt zu kandidieren, Professor Schmutzer wurde gewählt (2.4.90). Ebenfalls aus der Mitte der ADEH kamen die beiden Prorektoren Professor Wechsung und Professor Meinhold.

Damit war die erste entscheidende Etappe der demokratischen Erneuerung entschieden, und die Universität Jena befand sich fest in demokratisch legitimierten Händen.

Dies war die Voraussetzung, weitere Aufgaben mit größerer Breitenwirkung anzupacken, wie:

- Befreiung der Universität von der Stasi-Beeinflussung und Durchsetzung
- Gliederung der Universität in Fakultäten und Institute/Kliniken, Strukturreform
- Einrichtung eines Studiums generale
- Inhaltliche Vorbereitung der universitätssinternen Evaluierung nach den Kriterien Kompetenz und Integrität

- Mithilfe bei der Wiedergutmachung erlittenen Unrechts (z.B. Berufungsvorschläge für benachteiligte Wissenschaftler)

- Kritische Mitarbeit am Entwurf des Thüringer Hochschulgesetzes, Vorbereitung der Universitätswahlen.

Dem neuen Rektor und dem Senat (in dem eine Reihe von ADEH-Mitgliedern vertreten waren) gegenüber erklärte die ADEH, daß sie sich nach den demokratischen Wahlen keinesfalls als "außerparlamentarische Opposition" versteht, sondern als ein Forum freier politischer und hochschulpolitischer Diskussionen, pluralen Meinungsaustausches und Konsensfindung weiter tätig sein wird, um gemeinsam den Erneuerungsprozeß fortzusetzen. Dabei werden die Entscheidungskompetenzen der Universitätsleitung stets beachtet. Mit hohem persönlichen Einsatz unterstützen die ADEH-Mitglieder die universitätssinternen Evaluierung, durch die es der Universitätsleitung bereits vor der von der Landesregierung verfügten Evaluierung gelang, eine Anzahl von Hochschullehrern und anderen Mitarbeitern, denen die persönliche Integrität abgesprochen werden mußte (z. T. Stasi-Mitarbeiter), zum Verlassen der Universität zu bewegen. Nicht nur durch

die mündliche Weitergabe von Informationen und Beratungsergebnissen, sondern auch durch eine breite Korrespondenz, zahlreiche Publikationen in der Alma Mater Jenensis und in Tageszeitungen, Vorträge an deren Hochschulen und durch einen Fernsehbericht im ZDF berichtete die ADEH über ihre Ziele und Arbeitsergebnisse. Der Minister für Wissenschaft und Kultur Thüringens, Herr Dr. Fickel, sowie das damalige Mitglied der Hessischen Landesregierung, Minister Kanther, diskutierten in der ADEH Ziele und Wege der künftigen Hochschulpolitik. Schließlich sei daran erinnert, daß das Wartburgfest deutscher Hochschullehrer und Studenten 1990, dieses erste vielbeachtete gesamtdeutsche Treffen nach der Wende, maßgeblich von ADEH-Mitgliedern (U. Zwiener) initiiert und getragen wurde.

Die Ziele, die sich die ADEH bei ihrer Gründung am 7.12.89 stellte, sind erreicht. Neue Aufgaben liegen vor uns, denn Demokratie ist kein abgeschlossenes Sein, sondern ein ständiges Werden.

*Dieter Jorke, Prof. em. Dr. med., war bis 1992 Klinikdirektor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*

Manfred H. Olbertz/ Joachim Riße (Rostock):

**LIBERTAS DOCENDI ET DISCENDI**  
**Hoffnungen und Illusionen einer Universitätsreform**

Über dem Portal der Universität Rostock, der ältesten Nordeuropas, steht die verpflichtende Sentenz

“DOCTRINA MULTIPLEX - VERITAS  
UNA”

Sie will besagen, daß an dieser Stätte des Geistes vielfache Lehrmeinungen um der einen Wahrheit willen vertreten sein sollen. In der von Papst Martin V. anno 1419 ausgestellten Gründungsurkunde wurde der neuen Universität die “libertas docendi et discendi”, die Freiheit zur unabhängigen Lehre und zum Meinungsstreit, ausdrücklich zugesichert.

Die Gültigkeit dieser Wegweiser wurde im Verlaufe der 574-jährigen Geschichte der ehrwürdigen ALMA MATER ROSTOCHIENSIS indessen mehrfach in Frage gestellt und beschädigt. Einerseits durch direkte Einwirkungen der die Universitäten tragenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die oft von Teilen des Lehrkörpers aktiv unterstützt wurden, andererseits durch autoritäre Gelehrsamkeit oder Dogmatismus einzelner intellektueller Persönlichkeiten. Die Wechselbeziehungen zwischen politischer Macht und ehrgeiziger Wissenschaft sind in allen Zeiten wirksam gewesen und haben dem eigentlichen Anliegen der Univer-

sitäten, der Wahrheitsfindung, mehr geschadet als genutzt. Einen Tiefpunkt der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium erreichte die Rostocker Universität in den letzten vier Dezennien ihres Daseins unter der Ideologie und Machtausübung der “Diktatur des Proletariats” (OLBERTZ, 1990).

Am 21.11.1989 druckten und verteilten die Autoren dieses Beitrages einen Aufruf an alle Universitätsangehörigen, sich an der Wiederherstellung der verloren gegangenen Freiheiten von Lehre, Forschung und Studium aktiv zu beteiligen. Der Aufruf wurde von insgesamt 38 Hochschullehrern und Mitarbeitern sowie ca. 50 Studenten unterzeichnet und am 28.11.89 in den Nordeutschen Neuesten Nachrichten (NNN) unter dem Titel “Besinnung auf bewährte Traditionen” veröffentlicht. In dieser Pressemitteilung wurde zur Teilnahme an einer ersten öffentlichen Versammlung der Initiativgruppe am 28.11.89 und einem öffentlichem Forum am 2.12.89 aufgefordert. Ziel der beiden universitätsoffenen Veranstaltungen sollte es sein, weitere aktive Mitglieder der ALMA MATER ROSTOCHIENSIS für eine gemeinsame Aktion zur Durchsetzung der geforderten Universitätsreform zu gewinnen. Es waren die ersten öffentlichen Vorstellungen dieser Ende

Oktober gegründeten “Initiativgruppe Universitätsreform”. Ihre Gründungsmitglieder, Prof. Dr. Olbertz, Prof. Dr. Riße, Prof. Dr. Pätzold u. Prof. Dr. Maeß, bezweckten mit ihrer Aktion die Aufrüttelung der bis dato schweigenden Mehrheit der Angehörigen der WPU, einer Universität, die - ungerührt von den im Lande vehement erstarkenden “Montags-Demonstrationen” -, unter dem 1976 verliehenen Namen “Wilhelm-Pieck-Universität-Ro-

stock” - wie gewohnt - auf die Weisungen bzw. Toleranzvorgaben der “Partei- und Staatsführung” wartete.

Dieser am 28.11.89 in der Presse (NNN Nr.280 (1989)) veröffentlichte Aufruf vom 21. November darf heute als ein für die Universitätsgeschichte bedeutsames Dokument angesehen werden. Er ist daher hier im Wortlaut auszugsweise wiedergegeben:

**Aufruf zur Mitwirkung aller Wissenschaftler, Mitarbeiter und Studenten an der Vorbereitung von Vorschlägen für eine Universitätsreform**

*(Empfehlungen einer Initiativgruppe von Hochschullehrern, Wissenschaftlern und Studenten der WPU-Rostock)*

*“Die 570 Jahre alte ALMA MATER ROSTOCHIENSIS hat in den letzten vier Dezennien ihres Wirkens, insbesondere nach der III. Hochschulreform 1968, einschneidende staatliche Eingriffe in ihr wissenschaftliches Leben erfahren müssen. Die von der Partei- und Staatsführung der DDR durchgesetzte Ausrichtung der Lehre und Forschung auf die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung stalinistischer Prägung hat zu einer wissenschaftsfremden Reglementierung der Lehr- und Forschungstätigkeit der Universität geführt. Begriffe, wie ‘Staatliche Leitung und Kontrolle’, ‘kommunistische Erziehung’, ‘Kaderauswahl und entwicklung’ etc. prägen die Zielstellung und den Inhalt der staatlichen Eingriffe in das Universitätsleben und engen zugleich den wissenschaftlichen Meinungsstreit als wesentliches Element einer progressiven ungehinderten Wissenschaftsentwicklung ein. Die mit der Hochschulreform veranlaßte ‘staatliche Leitungsstruktur’ der Universitäten hat zu einer einschneidenden Veränderung der Funktion des Rektors und der Dekane in den Fakultäten geführt. Früher Primus inter pares und Beauftragter einer freien Gemeinschaft kompetenter Wissenschaftler zur Vertretung der Universität nach außen wurde 1968 der Rektor erstmals zum Leitungskader des Ministers bestellt. Mit seinen Stabsorganen (Direktorate) und nachgeordneten Sektionsdirektoren in der sogenannten ‘2. Leitungsebene’ wurden ihm uneingeschränkte Weisungsbefugnisse zur Durchsetzung von Beschlüssen des Politbüros und des Staatsapparates eingeräumt. Ziel dieser Maßnahmen war die konsequentere Ausrichtung des ‘wissenschaftlich-technischen Potentials der Universität’ auf die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Praktiken in unserem Lande.*

*Die Auswirkungen dieses unter Führung und Kontrolle der Universitäts-Parteiinstitutio-*

nen organisierten Machtregimes in der Wissenschaft haben unserer Universität einen noch nicht ausreichend analysierten Schaden zugefügt. Wir beklagen u.a.:

- den Kompetenzverlust der Professoren und Dozenten bei der Bestimmung ihrer Lehr- und Forschungsinhalte, verbunden mit der eingeschränkten Verantwortung für die Auswahl und Entwicklung ihres wissenschaftlichen Nachwuchses und ihrer Mitarbeiter;

- die unzureichende Zuständigkeit für die Auswahl und Beschaffung des für ihre Arbeit notwendigen materiell-technischen Potentials, die vollzogene Behinderung bei der uneingeschränkten Entfaltung und Gestaltung der internationalen Kontakte der Wissenschaftler;

- die Bürokratisierung des gesamten Universitätslebens ...

- den ineffektiven Zeit- und Kraftaufwand für den wissenschaftsfremden 'Sozialistischen Wettbewerb der Universitätskollektive' mit der systemimmanenten Verfälschung von Ergebnissen;

- die eingeführte Genehmigungspflicht für Publikationen und internationale Kontakte der Wissenschaftler durch fachinkompetente Leitungskader und Mitarbeiter in den Prorektoraten und Direktoraten, gekoppelt mit einer überzogenen Geheimniskrämerei;

- die Benachteiligung und Behinderung von Wissenschaftlern, Studienbewerbern, Studenten und Absolventen, deren Herkunft und/od. Weltanschauung nicht mit den Erwartungen der Partei- und Staatsdoktrin übereinstimmt;

- die Verschulung des Hochschulstudiums, verbunden mit einem durch ministerielle Anordnung verfügten einheitlichen Studienablauf und einer durch Berater Tätigkeit perfektionierten Gängelei der Studenten.

Wir, - die Mitglieder der *Initiativgruppe Universitätsreform* -, fordern daher ein Überdenken der gegenwärtigen Universitätsstrukturen unter Rückbesinnung auf bewährte Traditionen der Alma mater und die Einleitung folgender Schritte:

1. Einberufung eines Forums aller Hochschullehrer, Mitarbeiter und Studenten zur gemeinsamen Beratung und Erarbeitung einer neuen, von parteipolitischen und staatlichen Eingriffen unabhängigen Universitätsordnung.

2. Die umgehende Ablösung der gegenwärtig noch amtierenden staatlichen Leitungshierarchie an der *Wilhelm-Pieck-Universität Rostock* durch eine auf demokratischer Basis zu beschließende neue Universitätsordnung.

3. Die Abstimmung neuer gesellschaftlicher Zielstellungen für die an der *Universität Rostock* ein-gerichteten bzw. neu einzurichtenden künftigen Studienrichtungen mit den zuständigen Ministerien.

4. Die systematische Aufarbeitung der jüngeren *Rostocker Universitätsgeschichte*" (NNN Nr.280, 28.11.89).

Der Rektor der Universität nahm am 1.12.89 in der NNN zu diesem Aufruf der *Initiativgruppe* Stellung: "Mit *Verwunderung* erfahren wir nun aus der *Zeitung*, daß sich neben dem *Senat* und *unabhängig* von ihm eine *Gruppe* gebildet hat, die in der *bishengen Arbeit* bewährte *Formen* und *Methoden* offenbar nicht mehr gelten lassen will. Ist das *Besinnung* auf bewährte *Traditionen*? Und gehört nicht auch das *vertrauensvolle Miteinander* in *gemeinsamer Aktion* zu dem, was wir *übernehmen* und *pflügen* sollten?... Der *Senat* der *Wilhelm-Pieck-Universität Rostock*... wird auch die *Vorschläge* und *Meinungen* dieser *Initiativgruppe* entgegennehmen, um sie mit den *Ordinarien* gemeinsam zu *beraten* und in die *Entscheidungsfindung* einzubeziehen" (NNN, Nr.283, 1.12.89).

Die erste öffentliche Versammlung der *Initiativgruppe* fand, wie angekündigt, am 28.11.89 mit 22 Teilnehmern statt, und am 1.12.89 wurde die Diskussion im angemeldeten universitätsoffenen Forum mit ca. 50 Teilnehmern fortgesetzt. Der Rektor schickte zum Forum einen Prorektor als Beobachter. Der Diskussion lagen einige Thesen zugrunde, die von der *Initiativgruppe* vorbereitet und ebenfalls am 28.11.89 in der NNN veröffentlicht worden waren. Sie zielten im wesentlichen auf die Erarbeitung einer neuen Universitätsverfassung nach dem Vorbild der westdeutschen Hochschul-Rahmenordnung sowie auf demokratische Neuwahlen der akademischen Selbstverwaltung:

#### Thesen zur Universitätsreform vom 21.11.89

1. Die *Universität Rostock* (Anm.: der Name 'Wilhelm-Pieck-Universität' wurde bewußt weggelassen) trägt als älteste Universität in Nordeuropa eine besonders hohe Verantwortung für die Aus- und Weiterbildung, für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, für die Weiterentwicklung der Wissenschaft durch Forschung und für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Sie ist eine Einrichtung des Landes.

2. Die *Universität* verwaltet sich selbst im Rahmen einer von ihrem obersten Gremium (Konzil) beschlossenen Grundordnung. Sie entscheidet (selbst) über Art und Umfang des Lehrangebotes, über Forschungsschwerpunkte, über Immatrikulation und Exmatrikulation, über wissenschaftliche Grade, über die Berufung von Hochschullehrern, über die Weiterentwicklung der *Universität*, über die Anmeldung (bei den künftigen zuständigen Ministerien) ihres Haushalts- und Raumbedarfes.

3. Die *Universität* ist eine Vereinigung von Instituten, die nach demokratischen Prinzipien geleitet werden und die über die durchzuführenden Forschungsaufgaben und die Lehrinhalte sowie über die sie betreffenden Fonds selbständig entscheiden und eigenverantwortlich Verträge abschließen.

4. Oberstes Gremium des Institutes ist der *Institutsrat*, der aus Hochschullehrern, Mitarbeitern u. Studenten (Diplomanden) besteht. Er wählt aus seinen Reihen einen geschäftsführenden Leiter.





Sektion Physik und an der Fakultät für Theologie der WPU unter dem Titel: "Direktor, Dekan, Prodekan neu gewählt". Mit diesen beiden Nachrichten wurde die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Absichten der Universitätsleitung getäuscht. Tatsächlich versuchten die alten politischen Führungskader mit "demokratischer Zustimmung" ihrer noch immer zahlreichen Gefolgsleute um jeden Preis im Sattel zu bleiben, um die eigene Existenz sichern und hierzu die Universitätsreform entsprechend ausrichten zu können. Es wurde deutlich, daß die Selbstbefreiung der Universität am Fortbestand der alten sozialistischen Seilschaften scheitern könnte.

Der an alle Fakultäten und interessierte Universitätsmitglieder verteilte "1. Entwurf der Verfassungsreform" fand große Resonanz. Es wurden etwa 80 schriftliche Stellungnahmen und zusätzlich viele persönliche Gespräche für die Erarbeitung des 2. Entwurfes ausgewertet. [2] Der 2. Entwurf konnte - wie geplant - bis Ende März des Jahres 1990 fertiggestellt werden. Er wurde nach redaktioneller Überarbeitung am 10.4.90 der Redaktion der Universitätszeitung zur Veröffentlichung übergeben. Seine wichtigsten Passagen behandelten die Garantie für die Freiheit von Lehre, Forschung und Studium, die Rechte und Pflichten der Universitätsmitglieder, die Organisation und Verfahren der Selbstverwaltung, die Organisation des Studiums und der Lehre sowie der Forschung, und vor allem die Modalitäten des Inkrafttretens durch ein neu zu wählendes Universitätskonzil. Erste Maßnahme des demokratisch gewählten Konzils sollte die Neuwahl des Senates, des Rektors und des Prorektors sein. Als Termin für die Wahlen wurde Anfang Mai 1990 in's Auge gefaßt.

Die Veröffentlichung des 2. Entwurfes wurde von der Universitätszeitung unter Hinweis auf die Erarbeitung einer Alternativvorlage durch ein Mitglied des amtierenden Senates abgelehnt. "Wenn überhaupt, dann nur gleichzeitig mit der Alternativvorlage". Die Initiativgruppe entschloß sich zum sofortigen Handeln, legte im Senat ihren Protest ein und verteilte am 27.4.90 den 2. Entwurf der erarbeiteten Verfassung als Matrizen-druck in der Universität. [3] Erst am 11. Mai 1990 wurden dann beide Vorlagen in der Universitätszeitung Nr. 7, 1. Jg., unter folgenden Titeln veröffentlicht:

"Initiativgruppe Universitätsreform (Prof. Dr. Olbertz): Vorläufige Verfassung der Universität Rostock". (UZ, Nr. 7, 1. Jg., 1989, S. 1, 2, 7 u. 8);

"Entwurf einer vorläufigen Grundordnung für die Organisation und Selbstverwaltung der Uni unter Verwendung vieler Vorschläge anderer, vorgelegt von Prof. Wolfgang Engel". (UZ, Nr. 7, 1. Jg., 1989, S. 3, 4, 5 und 6);

Die (gewollte) Verwirrung der Universitätsangehörigen war komplett, nicht zuletzt wegen der wörtlichen Übereinstimmung vieler Teile der beiden Verfassungsentwürfe sowie durch die (geplante) Vermischung der Seiten in der Wiedergabe. Wesentliche Unterschiede im Inhalt bestanden nur insofern, als in dem von Prof. Dr. Engel unterzeichneten Entwurf die neu vorgeschlagenen "Fachbereiche" durch (nominelle) Umwandlung der Sektionen, verbunden mit einer (demokratischen) Neuwahl der "Sprecher" (Sektionsdirektoren) entstehen sollten. In seiner Vorbemerkung weist Prof. Dr. Engel darauf hin, daß "der wesentliche Unterschied zum Entwurf der Initiativgrup-

pe darin besteht, daß nur zwei administrative Entscheidungsebenen existieren: Universitätsebene und Fachbereiche" (1. und 2. Leitungsebene). Und wichtig war wohl vor allem, daß die Universitätsreform nicht von einer konträren Initiativgruppe, sondern vom amtierenden Senat durch eines seiner Mitglieder eingeleitet wurde.

Im Vorwort zur "Vorläufigen Verfassung der Universität Rostock" steht u.a.: "Die weitere Bearbeitung und Verabschiedung der Verfassung bleibt dem neuen Konzil der Universität vorbehalten, dessen Wahl in Kürze stattfinden soll. Mit der Vorlage des 2. Entwurfes betrachtet die Initiativgruppe ihre selbst gestellte und vom amtierenden Senat bestätigte Aufgabe, Empfehlungen für eine Verfassung der Universität Rostock rechtzeitig zum Zeitpunkt der Wahl eines neuen Konzils und Senats der Universität als Beratungsgrundlage vorzulegen, als erfüllt. Wir bitten, Stellungnahmen und Abänderungsvorschläge dem neuen Senat direkt zuzustellen. Rostock, den 10. April 1990." [4]

Die Wahl des im Verfassungsentwurf der Initiativgruppe vorgesehenen "Außerordentlichen Konzils der Universität Rostock" fand am 22.5.90 statt. Die letzte Aktivität der Initiativgruppe bestand darin, die Wahl der Konzilmitglieder vorbereiten zu helfen und die Tagesordnung für die konstituierende Sitzung des Konzils im Detail festzulegen. Auf dieser konstituierenden Sitzung wurden die bis dato bestehenden Leitungsorgane der Universität aufgelöst, als Vorsitzender des Konzils Prof. Dr. Pätzold, als neuer Rektor Prof. Dr. Maeß und als Prorektor Prof. Dr. Kiesow gewählt. Als Grundlage der Wahl und Tätigkeit des Konzils und der neuen Universitätsleitung diente die von

der Initiativgruppe erarbeitete "Vorläufige Verfassungsreform".

Diese aus eigener Kraft erfolgte "Selbstbefreiung" der Universität Rostock von ihrer "sozialistischen Leitungsstruktur" war gewiß ein großer Anfangserfolg auf dem Wege zu einer "Neuen Universität", deren Prinzipien wieder an die Leitsätze ihrer Gründer "DOCTRINA MULTIPLEX - VERITAS UNA" und "LIBERTAS DOCENDI ET DISCENDI" anknüpfen sollte. Indessen ist den Initiatoren dieser Universitätsreform auch in der Folgezeit manche Enttäuschung nicht erspart geblieben:

Die wohl wichtigste Forderung der Universitäten, das Verlangen nach Freiheit für Lehre, Forschung und Studium, ist nach wie vor in Frage gestellt. Wie die Geschichte der Universität Rostock beweist, gibt es vielfältige Formen der Einflußnahme auf Zielstellung, Durchführung und Nutzung wissenschaftlicher Arbeit. Die wichtigsten Hebel sind Gesetzgebung und Geld. Im Mittelalter bemühten sich Fürsten und Priester entweder mit der Zusage von Privilegien, mit sanften Regulativen, mit dem Geldbeutel oder aber auch mit dem überaus wirksamen Mittel der "Reichsacht" und des "Bannstrahles" um mehr oder weniger massive Einflußnahme auf die eigenwilligen Magister. Die ALMA MATER ROSTOCHIENSIS wurde mehrfach mit Reichsacht, Reichsaberacht, Bannstrahl oder sogar mit Ausweisung ihrer Professoren und totaler Schließung für ihre Unbotmäßigkeit bestraft (OLBERTZ, 1990). Die Diktatur des Proletariats betrachtete Wissenschaft als Produktivkraft, als Ersatz für die in der Marktwirtschaft waltenden Kräfte des Unternehmertums, und regelte entsprechend das Universitätsleben

nach den Prinzipien eines staatlich geleiteten Produktionsbetriebes. Wer nicht mitmachen konnte oder wollte, wurde mehr oder weniger sanft entfernt bzw. gar nicht erst eingestellt. Entscheidend für die Berufung zum Hochschullehrer war neben nachgewiesener wissenschaftlicher Befähigung die politische Zuverlässigkeit, das Klassenbewußtsein. Wer an der Universität studieren und bleiben wollte, mußte beides haben oder zumindest erfolgreich vortäuschen.

Schwierig - gestern wie heute -, die Guten von den Bösen zu scheiden. Im Land Mecklenburg-Vorpommern hatte sich das "Hochschul-Erneuerungsgesetz" [5] das Ziel gesteckt, diese Aufgabe zu meistern. Es setzte die im Hochschul-Rahmengesetz verbürgte Autonomie der Universitäten "vorübergehend" außer Kraft. Man ging von der mehr oder weniger berechtigten These aus, daß die Selbstbereinigung der Universität von unfähigen und unguuten Kräften nicht stattfinden werde, wegen der bereits erwähnten und sattsam bekannten alten Seilschaften.

So wurde verfügt, daß alle Universitätsangehörigen sich einer "Ehrenkommission" und die Wissenschaftler zusätzlich einer "Evaluierungskommission" zu stellen hätten. Pastor Oswald Wutzke, just zum Kultusminister des Landes avanciert, wachte über fachliche Kompetenz und moralische Integrität seiner neuen und alten Universitätsbürger. Für den Bereinigungs- und Erneuerungsprozeß an den Landes-Hochschulen berief er als hierfür zuständigen wissenschaftlichen Abteilungsleiter Herm "Professor" Dr. Molt von der Augsburger Universität. Leider kam nach gewisser Zeit erfolgreicher Säuberung der ihm unterstellten

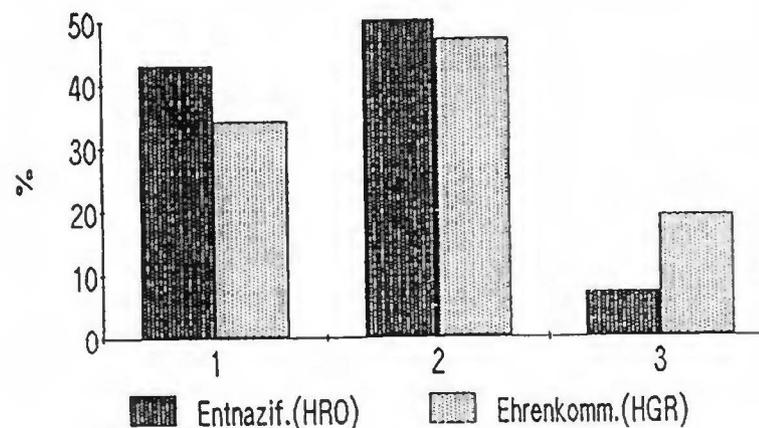
Universitäten heraus, daß er den Professorentitel zu Unrecht trug. Dr. Molt hatte ihn sich selbst zugelegt oder zumindest widerspruchslos geduldet [6] und mußte wieder gehen. Zuvor aber hatte der integre "Professor" aus den alten Bundesländern bereits damit begonnen, die Tätigkeit der Evaluierungs- und Ehrenkommission in der Frage anzuleiten, ob mecklenburgische Hochschullehrer für ihre Lehr- und Forschungstätigkeit die wissenschaftliche und moralische Eignung besitzen. Die Tagespresse erfand hierzu die überspitzt-sarkastische Bemerkung: "Auch der Mediziner, der schon mehrere hundert Blinddärme entfernt hat, mußte nachweisen, ob er es überhaupt kann, ob er es weiter darf" (KOEPKE, 1991). Die Schwierigkeiten, aus der Sicht der in 40 Jahren gewachsenen Demokratie der alten Bundesländer das Fehlverhalten der Angehörigen von Hochschulen zu beurteilen, "die personell und strukturell durch die 40-jährige SED-Diktatur geprägt sind", waren immens. Ungerechtigkeiten waren kaum zu vermeiden, auch nicht für Angehörige der Ehren- und Evaluierungskommissionen, die wirklich integer waren und sich gewissenhaft bemühten..

Ähnliche Probleme waren in Deutschland bereits einmal entstanden, nämlich 1945, als nach dem Zusammenbruch der Diktatur des Faschismus die sogenannten "Entnazifizierungskommissionen" u.a. auch mit der Säuberung der Universitäten von faschistischen Elementen beauftragt wurden. In Rostock hatte der damalige Senat der Universität aus eigener Initiative eine solche Kommission berufen (noch bevor die SMA dann nach ihren Maßstäben die Bereinigung einleitete [Heitz 1969]). Die damals von der

Rostocker Senatskommission unter dem Vorsitz von K. WACHHOLDER angelegten Beurteilungsmaßstäbe waren im Prinzip denen der jüngsten Ehrenkommission vergleichbar. Da für die vergleichbare Betrachtung die Rostocker Ergebnisse zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht abgeschlossen verfügbar

waren, wurden die ähnlich gelagerten und von KELLLOTAT (1992) publizierten Ergebnisse der Greifswalder Ehrenkommission herangezogen. Zur vereinfachten Betrachtung wurden außerdem die 5 (1945) bzw. 8 (1990) Beurteilungskategorien in drei zusammengehörige Hauptgruppen zusammengefaßt (Abb. 2).

Vergleich der Ergebnisse von  
Entnazifizierungs- und  
Ehrenkommissionen  
an den Universitäten Rostock und Greifswald



Kategorie 1:  
Kein Fehlverhalten  
  
Kategorie 2:  
Mißbilligungen, Aberkennungen  
  
Kategorie 3:  
Entlassungen

Trotz aller Fragwürdigkeit des Zahlenmaterials und seiner Auswertung (damals wie heute hatte ein Teil der belasteten Hochschullehrer die Universität schon vor der Überprüfung verlassen), ist das Ergebnis doch wohl in zwei entscheidenden Fragestellungen aussagefähig und überprüfenswert::

1). Wie ist es möglich, daß Professoren und Wiss. Mitarbeiter unter den Bedingungen zweier unterschiedlicher Diktaturen dem jeweiligen System zu 10 bis 20 % als Avantgardisten dienten, sich zu 45 bis 50 % mit den Machthabern arrangierten (zusammen 55 bis 70 %) und "nur" zu 35 bis 45 % aus dem politischen Machtgefüge einigermaßen herauszuhalten wußten?

2). Darf man hoffen, daß die jeweiligen Säuberungsprozesse nachhaltige Wirkungen zeigen, daß sich Professoren und Mitarbeiter derart reformierter Hochschulen nunmehr politischem (oder wie immer ge- bzw. entarteten) Ehrgeiz enthalten und in aller Zukunft ausschließlich der wissenschaftlichen Wahrheitssuche, der Erkenntnis "*doctrina multiplex - veritas una*" dienen werden?

Analysiert man die Geschichte der Universität unter dem Aspekt der Wechselbeziehungen zwischen Macht und Wissenschaft, zwischen Politikern und Gelehrten, so ist man jeglicher diesbezüglicher Illusion befreit. Das Verhalten von Intellektuellen war in allen Jahrhunderten vom gleichen Muster geprägt, lediglich die Kostüme der Darsteller wurden zeitgemäß ausgewechselt. Verfolgt man die Geschichte der Rostocker Universität, so wären faktisch nach jeder Generation "Ehren- und Evaluierungskommissionen" vonnöten gewesen und erfolg-

reich, d.h. in vergleichbaren Prozentsätzen, zum Zuge gekommen. Aus der 574-jährigen Universitätsgeschichte können vielmehr bestimmte Schlußfolgerungen gezogen werden, die hier in drei Thesen zusammengefaßt sein sollen:

#### **These 1:**

Universitäten sind zu allen Zeiten vom jeweiligen Weltbild der sie tragenden Gesellschaft und von den konkret herrschenden politischen Machtverhältnissen abhängig gewesen. Umgekehrt hatten der an den Universitäten erarbeitete wissenschaftliche Erkenntniszuwachs sowie das Engagement der Hochschullehrer am jeweiligen Weltbild und Zeitgeist sowie an der politischen Machtentfaltung hohen Anteil. Die Nutzungs- und Benutzungsmöglichkeiten von Ergebnissen der Wissenschaft zur Machtentfaltung war zu allen Zeiten für Politik und Staat eine große Versuchung und ist eine der unmittelbaren Ursachen für die in der Vergangenheit immer wieder praktizierten Eingriffe in die ursprünglich verbürgten akademischen Freiheiten und Kompetenzen der Universitäten.

#### **These 2:**

Das Gewicht einer Universität ist durch das Ansehen der sie vertretenden Gelehrten und deren wissenschaftliche Leistungen bestimmt. Die Erfahrung lehrt, daß die an einer Universität tätigen Intellektuellen Persönlichkeiten neben herausragender besonderer Begabung und erworbener Befähigung auch Charaktereigenschaften aufweisen, die einerseits Voraussetzung für hohe Leistungen in Forschung und Lehre sind, andererseits aber auch der eigenen Promotion dienen. Hierzu zählen in Sonderheit Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis. Die Versu-

chung war, ist und wird immer groß bleiben, durch ein Bündnis mit den die Universität tragenden gesellschaftlichen und politischen Kräften die eigene wissenschaftliche Arbeit und/oder die eigene Person vorzugsweise zu befördern.

#### **These 3:**

Die Verantwortung von Staat und Gesellschaft gegenüber der Wissenschaft kann erfolgreich nur dadurch wahrgenommen werden, daß die für die Zukunft der Menschheit notwendige Forschung und Lehre so weit als möglich unbeeinflußt

und unabhängig bleibt von Zwängen, Nöten und Machtansprüchen der Gegenwart. Hierzu sollten die im Hochschul-Rahmengesetz bereits verankerten Grundsätze weiter präzisiert und vor allem verwirklicht werden. Dies war auch das eigentliche Anliegen der von uns 1989/90 in Rostock durchgeführten Universitätsreform.

*Manfred H. Olbertz, Prof. Dr. agr., und Joachim Riße, Prof. Dr.-Ing., lehren am FB Landeskultur und Umweltschutz der Universität Rostock*

#### **Anmerkungen:**

[1] Vergl. Riße: Protokoll der Versammlung vom 28.11.89 und Protokoll des öffentlichen Forums zur Universitätsreform vom 2.12.89; Olbertz: Beratungsergebnisse und Arbeitsplan der Initiativgruppe vom 4.12.89; Unterschriftsliste mit Bereitschaftserklärungen zur Mitarbeit in der Initiativgruppe vom 8.12.89.

[2] vergl. Akte der schriftlichen Stellungnahmen zum 1. Entwurf der Universitätsverfassung, Übergeben am 22.5.1990 an Prof. Dr. Henninghausen

[3] Olbertz: Rundschreiben an alle Universitätsmitglieder, die zum 1. Entwurf Stellung bezogen hatten, mit dem 2. Entwurf als Anlage, Rostock, 26.4.1990.

[4] Olbertz: Vorläufige Verfassung der Universität, Vorwort. UZ Nr. 11, 1. Jg., 11.5.1990, S. 1.

[5] Hochschulerneuerungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom Febr. 1991

[6] E. Koepke: Moralisch integer? Ostsee-Zeitung vom 1.2.1991

#### **Quellen** (soweit im Text nicht ausgewiesen):

Heitz, G. u.a.: "Geschichte der Universität Rostock 1419-1969". Bd. I u. II., VEB Verlag der Wissenschaften, Berlin (1969)

Kellotat, G.: "Die Greifswalder Ehrenkommission". UZ d. E.M.A.-Universität Greifswald, 11, (1992), S.7

Olbertz, M.H.: "DOCTRINA MULTIPLEX - VERITAS UNA?" (Höhen und Tiefen einer Universität). NATECH - Das Journal für Studenten, Nr. 2, April-Heft (1990), S.8-13. (Veröffentlicht auch unter dem Titel "Einst Leuchte im Norden" im Kultur-Journal Schleswig-Holsteins, Jan. 1990, S.30-35. sowie unter dem Originaltitel in den Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes, Bonn, 38, H.4 (1990), S. 191-194.

Hans-Dieter Klein (Halle/Saale):

### Zaghafte konservative Modernisierung Das Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 16. September 1993 gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS das Hochschulgesetz des Landes verabschiedet. Verkündet am 7. Oktober trat es - wie es der Einigungsvertrag verlangt hatte - fast termingerecht am darauffolgenden Tag in Kraft. [1]

Der Stellenwert dieses Gesetzes kann nur im Zusammenhang mit der bundesweit geführten hochschulpolitischen Diskussion einerseits und den Ergebnissen der jüngeren sachsen-anhaltinischen Hochschulentwicklung andererseits bestimmt werden. Der Anspruch, ein HRG-konformes Gesetz vorlegen und sich gleichzeitig der Moderne stellen zu wollen, brachte die Parlamentarier scheinbar in moralische und politische Zwangssituationen, die das Ergebnis gezeichnet haben: eine zaghafte konservative Modernisierung.

Selbst ohne die Genesis detailliert zu kennen, wird dem Analytiker deutlich, daß ein ursprünglich moderner Gesetzestext, der dem Hochschulemeuergesetz (HEG-LSA) von 1991[2] zugrunde gelegen hatte, durch die Parlamentsmehrheit aber schon 1991 verwässert

worden war [3], nun erneut - gewissermaßen in zweiter Wäsche - zur Gesetzesformulierung genutzt wurde. Eine als Arbeitspapier der CDU-Landtagsfraktion firmierte parallele Darstellung des HEG-LSA, des Regierungsentwurfs des Landes, des SPD-Entwurfs [4] und des Entwurfs des Sächsischen Hochschulgesetzes belegt das Vorgehen, sich am Text des HEG-LSA entlang hin zum neuen Gesetz zu bewegen. Der dritte vorliegende Gesetzentwurf, der als zeitlich erster bereits Anfang 1993 durch die Fraktion der PDS eingebracht worden war [5], spielte in der Gedankenwelt der CDU-Fraktion augenscheinlich keine Rolle.

Der Regierungsentwurf wurde erheblich später als die Entwürfe von PDS und SPD vorgelegt. Zuvor war auch der Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit seinen Forderungen an ein Hochschulgesetz an die Öffentlichkeit getreten. Nach den Anhörungen von Hochschulen, Hochschulangehörigen, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Interessierten vor dem Landtagsausschuß wurde ein Gesetzentwurf der DSU-Fraktion angekündigt. Er blieb

der gespannt-verwunderten Öffentlichkeit leider vorenthalten.

Die drei vorgelegten Gesetzentwürfe hatten sich am HEG-LSA orientiert und folgten grundsätzlich seiner Gliederung. Der Entwurf der SPD-Fraktion bestach durch seine ausführlichen hochschulrechtlich-wissenschaftspolitischen Begründungen zu jeder Passage. Er reflektierte dabei sowohl die bundesweit und europäisch geführten Diskussionen zu den Anforderungen an moderne Hochschulen, zu Selbstorganisation und Steuerungspotentialen, zur Studien- und Personalreform sowie zur Kommunikation von Hochschule und Gesellschaft. Die SPD-Fraktion verfolgte mit ihrem Gesetzentwurf insbesondere zwei Ziele: "Einerseits sind die aktuellen landesspezifischen Probleme zu lösen, während andererseits auch die bundesweit diskutierten Entwicklungen im Hochschulbereich aufgegriffen werden. Wesentlich ist, diese Gesetz jetzt so auszugestalten, daß in den nächsten Jahren eine weitere Novellierung unnötig sein wird." [6]

In den Regierungsentwurf waren schon im Vorfeld der Gesetzesausarbeitung abgeforderte Positionen einiger Hochschulleitungen - vorwiegend im Sinne einer Ordinarienorientierung - eingeflossen. Zugleich blieben in ihm nicht wenige strukturelle Elemente aus den modernen Grundbestandteilen des HEG-LSA erhalten.

Der Entwurf der PDS-Fraktion, leider ohne ausführliche Begründungen, griff in einigen Bereichen radikal demokratische Forderungen aus der Wendezeit auf, ohne allerdings diesen Ansatz durchgängig zu verfolgen. In vieler Hinsicht war eine Nähe zur niedersächsischen

Reformdiskussion und dem damals zugänglichen Referentenentwurf aus dem Hannoveraner Ministerium unverkennbar.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion, so der Fraktionsvorsitzende Dr. Bergner in seiner Begründung am 16.9.1993 vor dem Landtag, markieren die Regelungen des Gesetzes "die Schnittstellen von drei Problem- und Aufgabenkreisen: Bewältigung der spezifischen Hochschulvergangenheit der DDR, Konstituierung der Autonomie unserer Hochschulen und schließlich die Suche nach Lösungen für Entwicklungen, die sich auch in der alten Bundesrepublik als Fehlentwicklung herausgestellt haben."

Im folgenden sollen einige, die aktuelle hochschulpolitische Diskussion tangierende und im Kontext mit dem nach wie vor apostrophierten Erneuerungsanspruch stehenden Regelungen genauer untersucht werden. Vollständigkeit kann selbstredend nicht angestrebt werden.

#### Haushaltsautonomie

Die im § 116 enthaltenen Festlegungen zur Haushaltsautonomie bieten den Hochschulen einen deutlichen Geländegewinn für die materielle Seite der Hochschulautonomie. Wesentliche Entscheidungsbefugnisse sind nach den grundsätzlichen Festlegungen des Haushaltsplanes des Landes Sachsen-Anhalt den einzelnen Hochschulen übertragen. Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen, Planstellen und Stellen werden im Haushaltsplan für die einzelnen Hochschulen in getrennten Kapiteln veranschlagt. Für zusammenhängende Aufgaben (Lehre, Forschung, Förderung des Nachwuchses) können getrennte









(CDU) seit 2 Jahren in Berlin zu bekämpfen sucht.

Die sehr angespannte finanzielle Lage der Stadt kommt ihm dabei sicher nicht ungelegen. Das Argument fehlender Haushaltsmittel und rauher Rezession ist immer gut, um Kürzungen und Veränderungen (im eigenen politischen Sinne, versteht sich) durchsetzen zu können.

Das umsomehr, als es sich um Hochschulen handelt, die öffentlich (d.h. beim Wählervolk) kaum eine Lobby haben. So läßt sich die Mär vom "dem Steuerzahler auf der Tasche liegenden Bummelstudenten" immer noch gut verkaufen. Die Hochschule ist nicht "die Wärmehalle der Nation" - Originalton Herr Erhardt.

Nachdem im Jahr zuvor ein "unabhängiges Expertengremium", die Landeshochschulstrukturkommission, Vorschläge zur Neugestaltung der Hochschul Landschaft des vereinigten Berlin ausgearbeitet und in einem dicken Mercedesgrauen Wälzer für den Bücherschrank vorgelegt hat, unterbreitete der Senator im Frühjahr 1993 den Hochschulen den Entwurf eines Hochschulstrukturplanes für die nächsten 10 Jahre.

Worum es eigentlich geht, ist schon eingangs unter "Hochschulpolitische Leitlinien" nachzulesen: "Eine rein additive Zusammenführung" der Hochschulbereiche im Ost- und Westteil Berlins "wäre keine sachgerechte Hochschul- und Wissenschaftspolitik... Zusammenführung und Neustrukturierung können nicht an der Wahrung von Besitzständen ausgerichtet werden."

Was darunter zu verstehen ist, wird an folgenden Prämissen des "Planes" deutlich:

- Abbau der Studienplätze um 15.000 (FU Berlin: 10.000; TU Berlin: 4.500; Hochschule der Künste: 500) in einem Stufenplan begleitet von Personalreduzierungen.

- "Personelle Erneuerung" der Hochschulen im Ostteil Berlins, wobei dies vor allem die Überstülpung der reformbedürftigen Personalstruktur altbundesdeutscher Hochschulen bedeutet,

- "Ausbau des Fachhochschulbereiches", wobei tatsächlich nicht ein einziger Studienplatz neu hinzukommen wird (wie das geht, siehe unten)

- Neuordnung der Fächerangebote und der Hochschulmedizin

- Studienstrukturreform

- Änderung der rechtlichen Grundlagen, d.h. des Berliner Hochschulgesetzes

Auf einige wesentliche Punkte sei nachfolgend eingegangen.

Abbau von 15.000 Studienplätzen:

Während Hochschulrektorenkonferenz und KMK für die Massenuniversitäten der alten Bundesländer Konsolidierungsmaßnahmen durch bessere Ausstattung mit Personal und Sachmitteln fordern, sollen in Berlin fast 20% der Ausbildungsplätze an Hochschulen wegfallen. Begründet wird das damit, daß Berlin (sowohl Ost als auch West) vor der Wende überproportional viele Studierende aufgenommen hat, im Westteil doppelt so viel, wie dem Bevölkerungsanteil bezogen auf das Alt-Bundesgebiet entspricht, im Ostteil 20 % der Gesamtstudierendenzahl bei einem Bevölkerungsanteil von 7,8 %.

Die politische Zielrichtung, die hinter diesen Leistungen stand, sei mit der Einheit weggefallen und im übrigen baue ja Bran-

denburg mit einer geplanten Zahl von 40.000 Studienplätzen kräftig aus.

An keiner Stelle wird diese "Planung" durch eine Analyse des Bedarfs in den kommenden Jahren belegt, wird die wachsende Studiennachfrage berücksichtigt. Die Verbindung von Hochschule/Forschung zur Regionalentwicklung in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht wird schlicht ignoriert, ganz zu schweigen von der Ausstrahlung, die eine Hauptstadt Berlin als Wissenschaftsstandort haben sollte. "Provinziell", so lautet auch die Einschätzung der Hochschulen.

Der Abbau wird auch nicht, wie viele Universitätsangehörige zunächst befürchteten, zugunsten der Fachhochschulen betrieben. Der viel gepriesene "Ausbau" der Fachhochschulen findet nur auf dem Papier statt, indem die bislang nicht zur Wissenschaftsverwaltung gehörende Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege dazugerechnet wird.

Das Argument, Brandenburg baut auf, ist dabei wenig hilfreich, wenn man/frau bedenkt, daß die Zielzahl 35.000 Studienplätze in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreicht werden soll - Berlin baut aber jetzt ab, und zwar 15.000.

Hinzu kommt, daß mit den Studienplätzen auch 1.200 Stellen wegfallen sollen, was die Überlastsituation weiter verschärfen dürfte. Es ist für alle, die sich damit beschäftigen, eine offene Frage, ob dieser Abbau überhaupt rechtlich umzusetzen ist, wenn die einschlägigen Urteile der Verwaltungsgerichte und des Bundesverfassungsgerichtes zur Erschöpfung der Kapazitäten herangezogen werden. Stellen zu streichen, um dann die Aufnahmekapazität zu senken,

ist kapazitätsrechtlich höchst bedenklich. Die abgewiesenen BewerberInnen klagen sich in der Regel erfolgreich wieder ein, was bei Wegfall des Personals die Studiensituation weiter zuspitzt. Erhardt setzt hier, der Gratwanderung voll bewußt, darauf, daß das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung dahingehend verändern sollte, daß die Hochschulplanung eines Landes auch ein sog. übergeordnetes Interesse des Staates deutlich macht, um dann Kapazitäten abzubauen.

Studienstrukturreform und Rechtsänderungen:

Am heftigsten diskutiert sind die Pläne zu einer sog. Studienstrukturreform, verbunden mit Gesetzesänderungen.

Statt Studienstrukturreform könnte die Überschrift auch lauten: Wie verkürze ich die zu langen Studienzeiten?

Den Ergüssen vieler Meter Papier in Vorbereitung des "Bildungsgipfels" folgend, wird die Zweiteilung des Studiums in einen ersten theoriebezogenen berufsberufsbefähigenden Abschluß und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Kern der Reform beschworen. "Entrümpelung der Studiengänge" und kurze Studienzeiten sind die Sterne, unter denen allerdings wenig sichtbar wird.

Für die Universitäten sollen Regelstudienzeiten von 9 bis 10, für die Fachhochschulen bis 8 Semester gelten. Ein System von Anreizen und Sanktionen soll deren Einhaltung sichern und Verbesserungen der Qualität von Lehre und Studium fördern. Das Motto ist: Anreize für ProfessorInnen-Sanktionen für StudentInnen"









Zu:

Zur Entwicklung und zur Situation einiger wichtiger ostdeutscher Archive  
von Ulrich Geyer, hso 7/93, S. 5 - 10

Bei dem Eingangsartikel unseres Heftes 7/93 muß uns eine Krähe über die Festplatte gelaufen sein. Nicht nur waren eine Reihe von Buchstaben verwechselt oder abhanden gekommen. Vielmehr gab es leider auch einige **sinnentstellende Fehler**. Für diese möchten wir uns bei unserem Autor entschuldigen und sie im folgenden zunächst **berichtigen**:

S. 5, mittlerer Absatz, 2. Satz, dort muß es richtig heißen: "Damit wurde in etwa der Zustand wieder hergestellt, der bis zur sogenannten Verwaltungsreform... 1952 von 1945 [und nicht 1949, d. Red.] bis 1952 in der SBZ und später der DDR bestand."

derselbe Absatz, letztes Wort muß heißen: "... zu Landeshauptarchiven" [statt "Landesarchiven"];

S. 6, 2. Absatz, zweites Wort muß richtig heißen "Stadtarchive" [statt "Staatsarchive"];

S. 6, rechte Spalte, zweiter Absatz muß richtig heißen: "Die Archivare [und nicht die Archive, d. Red.] werden beim AdW-Archiv in die neue Trägerschaft mit übernommen."

S. 9, rechte Spalte, 1. Absatz, vierter Satz muß richtig heißen: "Manchmal müssen daran anschließend [und nicht "ausschließlich", d. Red.] aus dem Schriftgut... erst Akten zusammengestellt werden."

S. 9, letzter Satz, Fortsetzung S. 10 oben muß richtig heißen: "Und gerade in diesem Moment stehen die Archive selbst vor ihnen neuen oder zumindest in diesen Dimensionen neuen Situationen wie Rechtsträgerwechsel, sich ändernden Rahmengesetzen, riesigem Zuwachs an zu bearbeitendem Schriftgut oder für die Archivare sich ändernde arbeitsrechtliche Bedingungen."

Unser Autor hat bei Gelegenheit der Übersendung dieser Berichtigungen dankenswerterweise auch die den **neuesten Stand bezüglich des Schicksals einiger Archive** mitgeteilt:

\* Der offizielle Gründungsvertrag des gemeinsamen Archivs der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Künste wurde am 24. September 1993 feierlich im Beisein der Kulturverantwortlichen beider Landesregierungen und der Archivare beider ehemals selbständiger Archive unterzeichnet.

\* Das Archiv der ehemaligen Bauakademie hat das Bundesarchiv im Sommer, vorerst depositär, übernommen.

\* Der größere Teil des offiziell vorhandenen Schriftgutes der ehemaligen NDPD befindet sich jetzt im Verbund unselbständiger Stiftungen. Der Rest des offiziell vorhandenen Schriftgutes der NDPD soll noch bis Jahresende dem Stiftungsverbund übergeben werden.

\* Das Schriftgut des Kulturbundes und der ehemaligen DSF, das am 2. Oktober 1990 oder früher inhaltlich abschloß, befindet sich jetzt ebenfalls im Stiftungsverbund und ist auch voll zugänglich.

\* Das Schriftgut des zentralen Archivs des Konsums befindet sich zum Teil in depositärer Verwahrung der Treuhandanstalt. Gleiches gilt für die berliner und zwei brandenburgische Konsumgenossenschaften. (Diese Auskunft erhielt der Verfasser anlässlich einer UHV-Veranstaltung zur Treuhand am 17.6.1993 in der berliner Humboldt-Universität vom Pressesprecher der Treuhand und einem Treuhandvorstandsmitglied. Er gibt sie hier mit Vorbehalt weiter.)

(Stand: 28.9.1993)







strahlungskraft der Universitäten und Hochschulen" betont [19] und vorgeschlagen

- der Ausbildung in den einzelnen Fachrichtungen Rahmenpläne zugrundezulegen;

- die Zulassungen zum Hochschulstudium gestützt auf staatliche Orientierungen in die Kompetenz der Hochschulen zu geben;

- die Unentgeltlichkeit des Direktstudiums zu erhalten und jeden Studenten durch ein Stipendium, in der Regel gebunden an die jeweils fixierte Studienzzeit, sozial zu sichern;

### 3. Wissenschaftlerinnen in der Wende - Forderungen und Konzepte zur Gleichstellung der Frauen in der Wissenschaft \*

Die demokratische Erneuerung der Hochschulen wurde auch von den Wissenschaftlerinnen und Studentinnen mitgetragen, deren Aktivitäten darauf gerichtet waren, für Frauen in der Wissenschaft solche Bedingungen zu schaffen, die ihren chancengleichen Zugang zur Wissenschaft, zu allen akademischen Ämtern, Funktionen und Gremien garantieren. Sie bildeten Arbeitsgruppen verschiedener Art, um diesbezügliche Forderungen und Aufgaben zu fixieren, wobei eine von der Basis her entstandene Fraueninitiativgruppe an der Humboldt-Universität ähnliche Entwicklungen an anderen Hochschulen repräsentiert. Sie unterstützte die Bemühungen zur Bildung des im Dezember 1989 an der Humboldt-Universität gegründeten und bisher einzigen Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung, in dem sich bis dahin auf verschiedenen Wissenschaftsgebieten an der Universität vereinzelt Forschende zusammenschlossen und mit dem Aufbau eines Netzwerkes im Raum Berlin/Brandenburg begannen. [21]

Im Januar 1990 unterbreitete diese Gruppe, gestützt auf Ergebnisse der Frauenforschung in der DDR, Forderungen nach gleichen Entwicklungsmöglichkeiten des weiblichen Geschlechts im wissenschaftli-

- den Zugang zur Weiterbildung einer breiten Öffentlichkeit zu ermöglichen." [20]

Die Thesen fanden am Runden Tisch ein positives Echo. Doch von den sich überstürzenden Ereignissen zur Herbeiführung eines schnellen Anschlusses der DDR an die BRD und den damit verbundenen Bemühungen zur An- bzw. Einpassung der Hochschulen in das Hochschulsystem der BRD wurden sie faktisch verdrängt. Die Zeit für die Formulierung und Realisierung originärer Vorstellungen zur Erneuerung der Hochschulen war im Grunde vorbei.

chen Bereich. Denn trotz der gesetzlich verankerter Gleichberechtigung waren die Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen und Männer noch immer ungleich verteilt. So waren z.B. an der Humboldt-Universität von

- 468 Professoren 68 Frauen (14,5 %)
- 422 Dozenten 110 Frauen (26,1%)
- 1364 Oberassistenten und Assistenten 585 Frauen (42,9%, dar. 52 % mit B-Promotion)
- 486 befristete Assistenten 268 Frauen (55,1%).

An den 42 wissenschaftlichen Hochschulen bekleideten nur 2 Frauen das Rektoramt, und auch die Zahl der Frauen im Amt von Prorektoren und Sektionsdirektoren war gering.

Die Bemühungen um grundlegende und dauerhafte Veränderungen mußten nicht nur die generell widersprüchlichen Verhältnisse in Rechnung stellen, sondern wurden durch zwei Umstände zusätzlich belastet: Einerseits blieb die frauenpolitische Interessenvertretung den Frauen überlassen; und andererseits mußte sie sich im zunehmenden Konflikt zwischen dem Ringen um den Erhalt und die Verbesserung des erreichten Standes und

dem einsetzenden allgemeinen Personalabbau bewegen. Dabei bewirkten wachsender Anpassungsdruck, Angst um den Arbeitsplatz und Verlust des Selbstwertgefühls, daß auch viele Frauen mehr und mehr die "frauenpolitische" Bühne verließen

Dennoch wurden durch engagierte Wissenschaftlerinnen und Studentinnen in den ersten Monaten Reformansätze erreicht, die - in Hochschuldokumenten verankert - weit über Standards westdeutscher Hochschulen hinausgingen. Solche waren vor allem:

- die Bildung eines Frauengleichstellungsreferats, ausgestattet mit einem Vetorecht bei allen Entscheidungen, die Fraueninteressen betreffen;
- das Mitspracherecht bei der Erarbeitung von Entwicklungskonzeptionen, Struktur- und Personalkonzeptionen;
- Sofortmaßnahmen zur sozialen Sicherung von Frauen bei notwendigen Umstrukturierungen;
- die Mitbestimmung bei der Konzipierung von Requalifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen und bei der Sicherung für Frauen zumutbarer Arbeits- und Studienbedingungen;
- eine flexible Quotenregelung bei Zulassungen zum Studium, bei der Wahl in bzw. bei der Besetzung von Leitungsfunktionen und bei Berufungen und
- die rechtliche Fixierung von Belangen der Frauen auf allen Ebenen.

Eingefordert wurde eine spezifische Profilierung in bestimmten Wissenschaftsdisziplinen, die - an Maßstäben in der Wissenschaft orientiert - geschlechtsspezifische Arbeitsbedingungen berücksichtigt. [22]

Doch verbreiteten sich im Frühjahr 1990 unter den Wissenschaftlerinnen abwartende und resignative Haltungen sowie Gut-

gläubigkeit hinsichtlich angekündigter "Evaluierungen" oder "Neu- und Umstrukturierungen". Spätestens mit der Realisierung des Einigungsvertrages sowie mit darauf folgenden Gesetzen, Beschlüssen der Landesregierungen und verwaltungspolitischen Akten wurden Reformansätze wie Mitbestimmungsrechte der Frauen, verbindlich festgeschriebene Frauenförderung u. a. ad acta gelegt. So entzogen z.B. im Land Berlin die Abwicklungsbeschlüsse, das Hochschulergänzungsgesetz, der Beschluß der Landesregierung zur Sollstellenstruktur der Hochschulen und Universitäten (Abbau der Stellen im Ostteil Berlins um 60 Prozent), das Fusionsgesetz sowie das Personalübernahmegesetz der Frauenpolitik wie der Frauenförderung fast jede Grundlage.

Der damit einhergehende Abbau von Autonomie und demokratischer Selbstverwaltung traf insbesondere die Wissenschaftlerinnen. Neben der wissenschaftlichen und persönlichen Benachteiligung sind sie doppelt durch die größere Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt zurückgesetzt. Besonders hart betroffen sind die Wissenschaftlerinnen des Mittelbaus, dessen Angehörige in der DDR überwiegend unbefristet tätig waren. Der hohe Anteil von Frauen (1989 über 50 Prozent im DDR-Durchschnitt) weist zwar im Vergleich mit dem Anteil unter den Hochschullehrern darauf hin, daß die besonderen Lebenszusammenhänge von Frauen die Chance für eine "höhere" Berufung minderten, zeigt aber auch, daß Frauen in der Lage waren, wissenschaftliche Arbeit und Familie vereinbaren zu können. Dies wird auch darin deutlich, daß trotz aller Widersprüche in den 80er Jahren in der DDR der Anteil von Frauen im wissenschaftlichen Nachwuchs beträchtlich angestiegen war, darunter in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen auf 41 Prozent.







































#### 4. Komplex: Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Unsere Untersuchung bestätigt, daß das tradierte Rollenverhalten ungebrochen ist und auch für WissenschaftlerInnen gilt:

- 63 % der WissenschaftlerInnen gaben an, daß sie den Hauptteil der Hausarbeit leisten, aber nur 13 % der Männer (die Alleinlebenden sind hier mit enthalten).

- Von all jenen, die mit Kindern zusammenleben, gaben 59 % der WissenschaftlerInnen, aber nur 6 % der Wissenschaftler an, daß sie sich in der Familie vorrangig um die Kinder kümmern (die ohne PartnerIn leben eingeschlossen).

Erfahrenes Leben der WissenschaftlerInnen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Wahrnehmung der neuen gesellschaftlichen und beruflichen Rahmenbedingungen, die wiederum eine patriarchale Prägung haben, führen offensichtlich dazu, daß

- nur 71 % der WissenschaftlerInnen sich erneut oder überhaupt uneingeschränkt für eine wissenschaftliche Laufbahn und Kinder entscheiden würden. Hingegen entschieden sich 82 % der Wissenschaftler für diese Verbindung, die sie hinsichtlich der Lösung offensichtlich auf "ihre" Frauen verlagern (s. obige Aussagen der Wissenschaftler zu Hausarbeit und Kinderbetreuung).

#### Aus der Diskussion

- Die Notwendigkeit der getrennten Untersuchung der Ostberliner und Brandenburger Hochschulen und Universitäten

unterstrich Gisela Petruschka, weil erstens im Land Brandenburg als einzigem der neuen Bundesländer die Hochschulbasis erweitert wird und zweitens durch die Regierungen beider Länder unterschiedliche wissenschaftspolitische, soziale und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Das könnte zu Modifikationen des Transformationsprozesses hinsichtlich der strukturellen und personellen Entscheidungen führen und damit auch unterschiedliche Demokratieerfahrungen vermitteln. Hier schloß sich Gerda Jasper mit dem Hinweis an, daß auch zwischen Natur- und GeisteswissenschaftlerInnen differenziert werden müsse, da sich teilweise die Integrationsvoraussetzungen grundlegend unterscheiden und darüber hinaus die Reflexion sozialer Tatbestände je nach entwickelten Denk- und Deutungsmustern eine andere ist.

- Der Versuch, Bourdieu für unsere Thematik nutzbar zu machen, wurde unterstützt (Helga Adler), aber auch vor einer kritik- und distanzlosen Übernahme seiner Theorie gewarnt.

- Die Kombination von quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden, von schriftlicher Befragung mit standardisiertem Fragebogen und leitfadengestützten Tiefeninterviews, wurde als ausgesprochen geeignet für die Projektgestaltung gewertet.

- Den Vorschlag, auch die Integration von WestwissenschaftlerInnen, die inzwischen an den in die Untersuchung einbezogenen Hochschulen arbeiten, einzubeziehen, unterbreitete Anke Burkhardt. Im Rahmen der weiteren Bearbeitung des Projekts werden die Möglichkeiten dazu geprüft.

#### Überlegungen zur weiteren Arbeit

Der Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer kann als Akkulturationsprozeß beschrieben werden, d.h. als Fremdheit von in der DDR sozialisierten Frauen und Männern in einer westlich geprägten Kultur auf allen Ebenen und der Versuch, mit ihr umzugehen, sie zu überwinden durch Akkulturation, durch die Schaffung kultureller Zwischenwelten. Das Konzept der Akkulturation wie das der kulturellen Zwischenwelten ist aus der Migrationsforschung entlehnt und für die Frauenforschung bereits produktiv angewendet worden. SCHRADER u.a. definieren Akkulturation "wie Sozialisation als einen Prozeß der wechselseitigen Auseinandersetzung zwischen Individuum und Gesellschaft bzw. Kultur. Akkulturation setzt jedoch immer schon ein bestimmtes Ausmaß an Sozialisation, nämlich Sozialisierung und Enkulturation voraus (...) Akkulturation ist ein Prozeß der abermaligen Anpassung an neue kulturelle Lebensbedingungen". [12].

Mit Hilfe dieses Konzepts lassen sich Prozesse und Formen von Marginalität, Anpassung und Integration erfassen; allerdings setzt es auch Grenzen. [13] Das weitergehende Konzept der kulturellen Zwischenwelten ist ein Versuch, Integrations- und Interaktionsprozesse als reaktive und kreative Prozesse zu erfassen, insbesondere mentale und damit individuelle Verarbeitungsstrategien von Fremdsein. SCHULTZ erläutert zu diesem Konzept die These von Hettlage-Varjas/Hettlage. [14] Sie gehen davon aus, "daß Migrant/innen unter dem Zwang der Verhältnisse und unter der Notwendigkeit, trotz aller Spannungen eine rela-

tiv stabile Identität aufbauen zu müssen, ein eigenständiges Wirklichkeitskonzept erstellen, das es ihnen erlaubt, die verschiedenen Welten' zu einem Integrat zusammenzufügen. Dafür prägen sie den Begriff der 'kulturellen Zwischenwelten' und legen ihre empirischen Arbeiten darauf an, sowohl verschiedene Typen solcher Zwischenwelten wie auch verschiedene Grade des Gelingens solcher eigenständiger, die Widersprüche einbeziehender Wirklichkeitskonstruktionen zu identifizieren". [15]

Die Qualität des Akkulturationsprozesses und die Möglichkeiten und Fähigkeiten, stabile kulturelle Zwischenwelten zu schaffen, ist von vielen Faktoren abhängig und stellt hohe Anforderungen an beide Geschlechter. Dazu stehen Forschungen, bezogen auf die neuen Bundesländer, noch aus.

WETTERER u.a. haben diese Konzepte auch auf die Analyse der Situation von Frauen in hochqualifizierten Berufen bezogen. In "Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen" [16] reflektieren sie überzeugend die strukturierende Funktion des Geschlechterverhältnisses auch in Professionalisierungsprozessen. Die dort dargestellten Ansätze und Ergebnisse lassen sich auch für eine Untersuchung nutzen, die sich mit der Arbeits- und Lebenssituation von WissenschaftlerInnen an Hochschulen und Universitäten im Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern beschäftigt. Es ist schon lange kein Geheimnis, daß die neuen patriarchalen Hochschulstrukturen der BRD alte DDR-patriarchale Strukturen ablösen, auch wenn sie sich grundlegend unterscheiden und die Chancen von Frauen, in der DDR eine Lebensstel-





















































Die Autorin untersucht systematisch die Situation von Frauen im Auslands- und Ausländerstudium der DDR (Fächerstruktur, Hauptzielländer u.a.) sowie in der internationalen Zusammenarbeit der DDR-Hochschulen (Anteil der Wissenschaftlerinnen am akademischen Austausch, Inhalte u.a.). Zudem wird nach Perspektiven gefragt.

CATENHUSEN, WOLF-MICHAEL, ZÖPEL, CHRISTOPH (Hrsg.): **Forschen für die Zukunft. Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland.**

Schüren Presseverlag, Marburg 1993. 175 S. ISBN 3-89472-086-7. DM 36,-. Über den Buchhandel.

Die Beiträge des Bandes sind die überarbeiteten Referate und Statements der von rund 450 TeilnehmerInnen besuchten Fachkonferenz "Stagnation oder Zukunftsonentierung? Zur Lage von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik Deutschland", die die SPD-Bundestagsfraktion und das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie am 16. Oktober 1992 in Bonn veranstaltet hatten. Beiträge u.a. zu "Die deutsche Forschungslandschaft heute" (Wolfgang Frühwald), "Bilanz der Forschungssituation in Ostdeutschland drei Jahre nach der Wiedervereinigung" (Karl-Heinz Kunkel), "Das GeoForschungsZentrum Potsdam - gelungenes Beispiel außeruniversitären Forschungsstandortes in Ostdeutschland" (Rolf Emmermann), "Wege aus der Forschungsmisere in Ostdeutschland" (Comelius Weiss), "Wissenschaftspolitik in Ostdeutschland am Beispiel Brandenburgs" (Klaus Faber), "Sicherung und Erneuerung der Industrieforschung: Bestandteil einer industriepolitischen Modernisierung in Ostdeutschland" (Roland Schneider), "Für eine gesamtdeutsche Forschungslandschaft - Vorschläge zur Umstrukturierung und Neugestaltung" (Thomas de Maizière).

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): **Perspektiven der fremdsprachlichen Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Expertengespräch im Rahmen der Konzertierte Aktion Weiterbildung. Universität Potsdam, 14./15. Oktober 1992.** Bonn 1993. 89 S. Kostenlos bei: BMBW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53 170 Bonn.

ARNDT, MARLIES/ DETERS, MAGDALENE/ HARTH, GABRIELE/ JAHNERT, GABRIELE/ KOOTZ, JOHANNA/ RIEGRAF, BIRGIT/ ROSSBACH, MANUELA/ ZIMMERMANN, KARIN (Hrsg.): **Ausgegrenzt und mittendrin. Frauen in der Wissenschaft. Dokumentation einer Tagung an der Humboldt-Universität Berlin am 23./24. Oktober 1992.**

Edition Sigma Bohn, Berlin 1993. 228 S. ISBN 3-89404-345-8. DM 19,80. Über den Buchhandel.

Beiträge u.a. zur Beschäftigungssituation von Akademikern an den ostdeutschen Hochschulen, beruflichen Orientierungs- und Handlungsmustern von Akademikern in West- und Ostdeutschland und zur Frage "Strukturpolitik für Männer - Sonderprogramme für Frauen?". Autorinnen neben den Herausgeberinnen u.a. Anke Burkhardt/Ruth Heide Stein, Gabriele Schade, Monika Schneikart, Birgit Bütow, Christine Felber, Krisha Monté, Sabine Röhl, Helga Adler, Brigitte Stieler, Marlis Dürkop, Barbara Riedmüller-Seel und Christine Eifler.

LANDESARCHIV BERLIN/ ARBEITSGEMEINSCHAFT BERLINER ARCHIVARE (Hrsg.): **Berliner Archive.** 4., erw. Auflage, Berlin 1992. 160 S. Bestellungen an: Landesarchiv Berlin, Kalckreuthstr. 1-2, W - 1000 Berlin 30.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): **Studenten an Hochschulen 1975 - 1992** (Bildung Wissenschaft Aktuell 9/93). Bonn 1993. 114 S. Kostenlos bei: BMBW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53 170 Bonn.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): **Jahresbericht 1992** (Grundlagen und Perspektiven Bildung und Wissenschaft Bd. 36). Bonn 1993. 63 S. Kostenlos bei: BMBW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53 170 Bonn.

FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT (Hrsg.): **Jahresbericht 1992.** München 1993. 112 S. Kostenlos bei: Fraunhofer-Gesellschaft, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Leonrodstr. 54, 80636 München.

ALEXANDER VON HUMBOLDT-STIFTUNG/ ALEXANDER VON HUMBOLDT FOUNDATION (Hrsg.): **Jahresbericht 1992/ Annual Report 1992.** Bonn-Bad Godesberg 1993. 206 S. ISSN 0342-6785. Kostenlos bei: Alexander von Humboldt-Stiftung, Jean-Paul-Str. 12, W - 5300 Bonn 2. zweisprachig deutsch-englisch

FORSCHUNGSAGENTUR BERLIN (Hrsg.): **Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer 1993.** Verlag Hoppenstedt & Co, Darmstadt 1993. DM 245,-. Über den Buchhandel. Auf über 3.000 Forschungsstellen erweiterte und aktualisierte Fassung der Vorjahresausgabe; erstmals auch die West-Berliner Forschungsstellen recherchiert; mit Angaben zu Adresse, Telefon, Fax, Leitung, Verantwortlichkeiten, Forschungsbieten, MitarbeiterInnenanzahl, technischer Ausstattung, Etat und Umsatz, eingearbeitet die neuen Postleitzahlen.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER GROSSFORSCHUNGSEINRICHTUNGEN AGF (Hrsg.): **Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland.** Bonn-Bad Godesberg 1993. 131 S. Kostenlos bei: Pressereferat der AGF, Wissenschaftszentrum, Ahr-Str. 45, 53 175 Bonn-Bad Godesberg.

LISCHKA, IRENE: **Studienanfänger an Hochschulen der neuen Bundesländer. Entwicklungen in der Übergangsphase** (Projektberichte 5/1993, hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst). Berlin 1993. 63 S. ISSN 0941-8776. Bestellungen an: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin. Analyse der Studienanfängerzahlen an den ostdeutschen Hochschulen zwischen 1989 und 1991 bzw. 1992. Es zeigt sich, daß sich die Strukturen der StudienanfängerInnen sowohl nach Bundesländern, Hochschultypen, Fächergruppen als auch Geschlecht in diesen Jahren wesentlich verschoben haben. Daraus werden Prognosen - als Handreichung für hochschulpolitisches Handeln - abgeleitet. Die Analyse behandelt methodisch getrennt die Entwicklung des Hochschulzugangs in der Gesamtheit der ostdeutschen Bundesländer und die Entwicklung des Hochschulzugangs in den einzelnen ostdeutschen Bundesländern.

SACHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST (Hrsg.): **Studentenwerke in Sachsen. Ergebnisse des Symposiums auf Schloß Wachwitz am 26. und 27. November 1992.** Dresden o.J. (1993). 168 S. Kostenlos bei: SMWK, Archivstr. 5, 01097 Dresden.

PETIN, MANFRED: **BAT-O Jahrbuch. Zusammenfassende Darstellung der tariflichen Regelungen für den öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern.** Walhalla und Praetoria Verlag, Berlin/ Bonn/ Regensburg 1993. 544 S. Über den Buchhandel.

BURKHARDT, ANKE/SCHERER, DORIS: **Habilitierte Wissenschaftlerinnen in Ostdeutschland - ein Berufungsreservoir?** (Projektberichte 6/1993).

Berlin 1993. 40 S. ISSN 0941-8776. Bestellungen an: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

BUCK-BECHLER, GERTRAUDE/ JAHN, HEIDRUN/ LEWIN, DIRK/ SCHREIBER, GERHARD: **Hochschulenerneuerung in den neuen Bundesländern. Inhaltlich-strukturelle Entwicklungen Teil 2.** Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1993. 89 S. ISSN 0941-8776. Bestellungen an: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Statistisch ausführlich belegte sowie mit zahlreichen Grafiken und Tabellen versehene Darstellungen der Hochschullandschaften in Thüringen und Sachsen, desgleichen zur föderalen Gliederung und Hochschulselbstverwaltung, zur Neustrukturierung der Hochschullandschaft allgemein, zur Entwicklung der Studienplätze und des Hochschulzugangs und zum Prozeß der fachlichen Erneuerung.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): **Die Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland** (Grundlagen und Perspektiven Bildung und Wissenschaft Bd. 37).

Bonn 1993. 57 S. Kostenlos bei: BMW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53 170 Bonn.

BAYERISCHES STAATSIKITUT FÜR HOCHSCHULFORSCHUNG UND HOCHSCHULPLANUNG (Hrsg.): **[Frauen in der ostdeutschen Wissenschaft/ ostdeutsche Akademikerinnen]** (Heft 3/ 93 der Zs. Beiträge zur Hochschulforschung).

München 1993. 109 S. ISSN 0171-645 X. Bestellungen an Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Arabellastr. 1, W - 8000 München 81. Das Heft enthält Beiträge von MitarbeiterInnen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, in denen sie Ergebnisse ihrer jeweiligen Forschungsprojekte - fokussiert auf das Thema "Frauen in der Ost-Wissenschaft/ ostdeutsche Akademikerinnen" - referieren. Artikel zu: Hochschulzugang von ostdeutschen Frauen (Irene Lischka), Frauen in der allgemeinen Studienberatung an ostdeutschen Hochschulen (Gudrun Aulenck/ Karin Döbbeling), Hochschulabsolventinnen nach der Wende - Chancen und Risiken beim Berufseinstieg (Ruth Heide Stein/ Rainer Fritsch), (K) Ein Platz für Wissenschaftlerinnen an ostdeutschen Hochschulen (Anke Burckhardt) und Frauen im Auslandsstudium der DDR (Bärbel Last).

SENATSV ERWALTUNG FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN (Hrsg.): **Berliner Hochschulstrukturplan 1993.**

Berlin 1993. 186 S. Kostenlos bei: Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Bredtschniederstr. 5, 14057 Berlin.

[UNIVERSITÄT POTSDAM (Hrsg.):] **Denkschrift der Universität Potsdam. Entwurf.**

Potsdam 1993. 122 S. + 12seitiger Anhang. Nach ihrer Fertigstellung ist die - gebundene - Denkschrift als "Entwurf" gekennzeichnet und als "internes Material", das nicht an die Öffentlichkeit gegeben wird, eingeordnet worden. Interessierte an der Denkschrift können sich mit dem Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, PF 920, 04009 Leipzig in Verbindung setzen.

## ZUM SCHLUSS

Technische Universität  
Informationsbeauftragter

- Rektor, ZPL  
B. 4. P. 14  
Karl-Marx-Stadt, 04. 08. 89

Yorksee019\_67/1989

Gegenwärtiger Stand zum Vorkommen "Bank mit Widmung der  
SG 11 REI 84 vor dem Elongat-Waldbald-Bau"  
Das Schild mit dem Widmungstext

Wer nichts Neues bieten kann, lobt das Alte

Horst Friedrich

gestiftet von den ersten Informatikstudenten  
84/84 alias 11 REI 84

November 1988

wurde auf Veranlassung von Gen. Z. der darin eine Provokation sieht, entfernt. Es wird bei ihm aufbewahrt. Gen. Z. ist der Auffassung, daß die Bank stört und daß der Baum, der von ihm Studenten im vergangenen Jahr gepflanzt wurde, wegen des Blätterfalles im Herbst zusätzliche unnötige Arbeit macht. Gen. Z. will, wenn wieder ein Schild angebracht wird, die Bank unverzüglich entfernen lassen.

Wer die Genehmigung zum Aufstellen der Bank und des Baumes erteilt hat, ist gegenwärtig unklar. FDJ-KL und Direktor für Technik wurden von der Sektion IF genannt. Beide bestätigen aber nicht, die Genehmigung erteilt zu haben.

Die FDJ-KL gab gegenüber den Studenten der SG 11 REI 84, die durch ein paar Forschungsstudenten an der TU repräsentiert wird, eine Stellungnahme ab, in der Aktivitäten zur Verschönerung des Universitätsgeländes begrüßt werden, jedoch eine verantwortungsvolle Auswahl und Abstimmung von evtl. anzubringenden Sprüchen und Erinnerungstafeln gefordert wird.

Rückfragen durch Gen. Dr. B. bei Gen. Uech. Statist für Kultur, ergaben, daß der als Autor des Spruches genannte Horst Friedrich nicht Mitglied des Schriftstellerverbandes der DDR ist und auch nicht als Nachwuchsschriftsteller im Bezirk Karl-Marx-Stadt registriert ist. Durch Gen. Uech. kann eine zur Identifizierung des Autors keine Hilfe gegeben werden.

Nach Rücksprachen mit der Sektion IF durch Gen. B. ist der Besitzer des Buches, aus dem der Spruch abgeschrieben wurde, der Autor soll Professor sein, zur Zeit in Urlaub und erst wieder im September erreichbar. Die Studenten (als Verbindungsmann dient der Forschungsstudent K. aus der ehem. SG 11 REI 84) wurden aufgefordert, bevor sie etwa wieder ein Schild anbringen, die Quelle des Spruches, d. h. das Buch, beim Informationsbeauftragten vorzulegen.

Verfasser  
91000 91003 92110 92122  
94400 92100 92300



